

## Tunesien

Länderinformationen zu den Europäischen  
Kriterien für Waffenexporte



# INHALT

---

<b>ZUSAMMENFASSUNG</b>	<b>2</b>
------------------------	----------

---

<b>Teil I: Informationen zum Sicherheitssektor</b>	<b>5</b>
Deutsche Rüstungsexporte	5
Bedeutung deutscher Großwaffensysteme für das Empfängerland	8
Militärausgaben	10
Lokale Rüstungsindustrie	11
Streitkräftestruktur	11
Bewaffnung der Streitkräfte	13
Die Rolle des Militärs in der Gesellschaft	16
Polizei und andere Sicherheitskräfte	18
Diversität in den Sicherheitskräften	19

---

<b>Teil II: Informationen zu den Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts</b>	<b>20</b>
Einhaltung internationaler Verpflichtungen	20
Achtung der Menschenrechte im Empfängerland	21
Innere Lage im Empfängerland	26
Erhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region	27
Bedrohung von Alliierten	29
Verhalten in der internationalen Gemeinschaft	29
Unerlaubte Wiederausfuhr	32
Wirtschaftliche und technische Kapazität des Landes	33

## ZUSAMMENFASSUNG

---

### Informationen zum Sicherheitssektor

Insgesamt verfügt Tunesien über keine bedeutenden eigenen Rüstungsproduktionskapazitäten und ist somit auf Rüstungsimporte angewiesen. Wichtigster Rüstungslieferant waren die USA, gefolgt von Spanien auf dem zweiten Platz, der Türkei und, mit einigem Abstand, Kanada. Die Anzahl der Soldat:innen und der schweren Waffensysteme ist in Tunesien um ein Vielfaches geringer als beispielsweise in seinem Nachbarland Algerien. Vornehmliche Aufgabe der tunesischen Streitkräfte und Sicherheitsbehörden ist die Bekämpfung von militanten, islamischen Fundamentalist:innen. Diese genießen zwar nur wenig Rückhalt in der von einer gemäßigten Auslegung des Islam geprägten Bevölkerung, könnten das Land aber über die offenen Grenzen der Sahara im Süden infiltrieren.

Die tunesischen Landstreitkräfte sind hauptsächlich mit westlichen Waffensystemen ausgerüstet. Viele sind allerdings inzwischen veraltet, eine Modernisierung ist daher im Gange.

Obwohl sich die Küste Tunesiens über etwa 1.000 Kilometer ausdehnt, verfügt die Marine über vergleichsweise geringe Kapazitäten. Auch die tunesische Luftwaffe ist mit nur elf kampffähigen Jagdflugzeugen ebenfalls eher klein.

Der ehemalige Präsident Tunesiens, Zine el-Abidine Ben Ali, machte ursprünglich als General und Geheimdienstchef beim Militär Karriere. Er war mit der militärischen Führung stets eng verbunden. Trotzdem ist der Einfluss der Streitkräfte auf die Landespolitik in Tunesien traditionell geringer als beispielsweise im Nachbarland Algerien. So galt das Militär unter Ben Alis zwar als Stütze des Regimes, dennoch sorgte er dafür, dass das Militär nicht unverhältnismäßig anwuchs und zu viel Einfluss gewann. Wie auch in anderen Maghreb-Ländern besteht die vorrangige Aufgabe der tunesischen Streitkräfte weniger in der Bekämpfung oder Abschreckung äußerer Bedrohungen als in der Verfolgung vereinzelter islamistischer Gruppen im Inneren. Dass in Ägypten und Tunesien der sogenannte Arabische Frühling weitgehend friedlich die jeweiligen Diktatoren zu Fall brachte, hängt unter anderem damit zusammen, dass in beiden Ländern die Armee nicht gewaltsam gegen die Proteste vorging. Während in Ägypten das Militär direkt nach der Revolution politische Ämter übernahm und im Juli 2013 erneut intervenierte, um Präsident Mursi abzusetzen, hielt sich in Tunesien die Armee aus dem politischen Prozess heraus, übernahm dafür aber Aufgaben der inneren Sicherheit und füllte damit das Vakuum, das durch die Auflösung der alten Sicherheitsbehörden entstanden war. Ob der politischen Zurückhaltung des Militärs während des arabischen Frühlings ist das Verhältnis zwischen Militär überwiegend positiv und von Vertrauen gekennzeichnet.

Die Ausbildung der tunesischen Soldat:innen erfolgt in der Regel nicht in Tunesien selbst, sondern durch die ehemalige Kolonialmacht Frankreich oder in den USA, aber auch Deutschland. So schult die Bundeswehr Mechaniker:innen, die militärische Fahrzeuge aus deutscher Produktion reparieren sollen. Außerdem hat die Bundeswehr in den vergangenen Jahrzehnten mehrere hundert tunesische Soldat:innen ausgebildet. Auch Grenzschrützer:innen und Polizist:innen erhalten seit einigen Jahren Training durch Deutschland.

## Informationen zu den Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts

Tunesien ist allen wichtigen internationalen Abrüstungsabkommen beigetreten, mit Ausnahme des Internationalen Waffenhandelsvertrages (ATT). Das Land besitzt keine Massenvernichtungswaffen und hat allen Berichten zufolge auch nie versucht, in den Besitz solcher Waffen zu gelangen.

Auch ist Tunesien zahlreichen wichtigen internationalen Menschenrechtsabkommen beigetreten und in der Verfassung von 2014 sind die Menschenrechte sowie die Unabhängigkeit der Justiz garantiert. Die im August 2022 verabschiedete neue Verfassung berührt die Grund- und Menschenrechte zwar kaum, führt aber weitführende Änderungen des politischen Systems ein. Sie betont anstelle des weltlichen Staatscharakters die Ziele des Islams und wird von Kritiker:innen als Schritt in Richtung Autokratie gewertet, da sie Kontrollinstanzen über das Präsidialamt einschränkt bzw. abschafft (bspw. das Amtsenthebungsverfahren) und im Umkehrschluss diesem Amt mehr Kontrollmöglichkeiten gegenüber den anderen Gewalten einräumt. So kann der:die Präsident:in nun die Regierung sowie Richter:innen ernennen und absetzen oder das Parlament auflösen.

Im Bereich der Menschenrechte gibt es nach wie vor erhebliche Defizite. In Folge des von den USA ausgerufenen „Krieges gegen den Terror“ hat sich die Menschenrechtssituation auch in Tunesien verschlechtert. Zwar hat sich die Lage nach den Umstürzen in Tunesien grundsätzlich gebessert und politische Häftlinge wurden im Nachgang entlassen, die ohnehin bereits stark eingeschränkten Meinungs- und Versammlungsfreiheiten wurden mit „Anti-Terror-Gesetzen“ und unter dem 2015 verhängten und mehrmals verlängerten Notstand allerdings weiter untergraben. Proteste wurden des Öfteren gewaltsam durch die staatlichen Sicherheitskräfte aufgelöst und Demonstrierende strafrechtlich verfolgt. Es gibt Berichte von teils tödlicher Polizeigewalt sowie Folter und Misshandlung in Haft. Die Lage der Rechte von Frauen hat sich in den letzten Jahren verbessert und die Repräsentation von Frauen in Wahlen ist deutlich angestiegen. Strukturelle Diskriminierung und Gewalt gegenüber Frauen bleiben jedoch ein Problem in Tunesien. LGBTQIA+-Rechte sind diskriminierend und gleichgeschlechtliche Beziehungen werden rechtlich kriminalisiert.

Die innere Lage in Tunesien ist auch zehn Jahre nach dem sog. arabischen Frühling weiterhin stark angespannt. 2011 kam es zu massiven Protesten der Bevölkerung, die sich zunächst überwiegend gegen die hohe Arbeitslosigkeit, wirtschaftlichen Problemen und die Perspektivlosigkeit unter den Jugendlichen richteten. Diese führten letztlich dazu, dass Präsident Ben Ali im Januar 2011 aus dem Land floh und damit eine Phase des politischen Übergangs einleitete: Im Januar 2014 wurde eine neue demokratische Verfassung verabschiedet, deren Errungenschaften mit der Verfassung aus 2022 jedoch teilweise wieder aufgeweicht werden.

Im Januar 2016 kam es erneut landesweit zu mehreren heftigen Protesten und teilweise gewaltsamen Auseinandersetzungen. 2021 kam es zudem zu einer erneuten tiefen politischen Krise, als es im Zuge von massiven Protesten zur vorübergehenden militärischen Blockade des Parlaments und zur Entlassung des Premierministers und Parlamentsvorsitzenden Hichem Mechichi durch den Präsidenten Kais Saied kam. Die Regierungsmehrheit wertete dies als Staatsstreich – ein großer Teil der Bevölkerung befürwortete den Schritt Saieds jedoch. Hintergrund für die Proteste war abermals die anhaltend schlechte wirtschaftliche Lage sowie die enorm angespannte Pandemiesituation sowie Polizeigewalt. Hintergrund für die politische Reaktion Saieds soll aber auch der schwelende Konflikt zwischen diesem und

der islamistischen Partei Ennahda sowie Hichem Mechichie gewesen sein. Zeitweise schien der gemeinsame Kurs der nationalen Einheit und des Dialogs der Großparteien daher gefährdet. Bis November 2021 hatte sich die Lage jedoch wieder entspannt. Die neue Verfassung wurde von mehr als 90 % der Wahlbeteiligten angenommen und führte zu keinen größeren Ausschreitungen.

Es gibt in Tunesien zahlreiche Banden von Schleuser:innen, welche die illegale Migration über den Seeweg in häufig überfüllten und hochseeuntauglichen Schiffen nach Westeuropa organisieren. Es gibt immer wieder Berichte von menschenrechtswidrigen Verhalten von Sicherheitskräften und Grenzbeamt:innen gegenüber von geflüchteten Menschen. Tunesien ist ebenfalls ein wichtiges Transitland im internationalen Drogenhandel. Die Informationslage bezüglich geltender Waffenexportkontrollen ist unbefriedigend, da beispielsweise Informationen über einschlägige Gesetze oder authentifizierte Endverbraucherzertifikate schlichtweg nicht erhältlich sind. Aus der Vergangenheit sind jedoch keine Fälle einer unerlaubten Wiederausfuhr von Rüstungsgütern bekannt, problematischer ist der Schmuggel in das Land.

Die ökonomische Lage Tunesiens ist relativ prekär und die Wirtschaft gilt als nur mittelmäßig resilient und mittelmäßig wettbewerbsfähig. Als lower-middle income country (BNE pro Kopf von 3.770 \$) zählt Tunesien dennoch zu den Ländern mit einer hohen menschlichen Entwicklung (HDI-Wert von 0,732). Eine hohe Schuldenquote, hohe Arbeitslosigkeit und eine drohende Zahlungsbilanzkrise belasten aber die angeschlagene Wirtschaft. Weitere soziale Stressoren wie eine hohe Einkommensungleichheit, hohe Emigrationszahlen oder ein rapides Bevölkerungswachstum bestehen allerdings nicht. Im Hinblick auf die SDGs konnte Tunesien einige wichtige Erfolge erzielen, hinkt aber bei rund 20 % der Ziele hinterher oder verschlechterte sich sogar. Rund 42 % der Ziele sind aber mindestens auf einem guten Weg zur Zielerreichung bis 2030. Die Militärausgaben von durchschnittlich 2,4 % am BIP sind im regionalen Vergleich nicht besonders hoch – dennoch weist Tunesien dem Verteidigungssektor im globalen Vergleich recht viele Ressourcen zu.

## Teil I: Informationen zum Sicherheitssektor

### Deutsche Rüstungsexporte

**Tabelle 1**

*Deutsche Rüstungsexporte nach Außenwirtschaftsgesetz, 1999-2024 (in Millionen Euro)*

Jahr	Güter / in % des Gesamtwertes	Gesamtwert
1999	Teile für Bodenradarsysteme: 96,9%	0,01
2000	Patrouillenboote: 95,3%	0,64
2001	Sportpistolen und –Revolver: 55,5%; Herstellungsausrüstung für Handfeuerwaffen; Munition: 44%	0,03
2002	Kommunikationssysteme, Boden-Überwachungsradar, Teile für Kommunikationssysteme: 98,2%	9,16
2003	Kommunikationsausrüstung: 89,9%	0,24
2004	Kommunikationssysteme und Teile für Kommunikationsausrüstung: 88,4%	0,47
2005	Schnellboote und Teile für Schnellboote: 99,9%	33,0
2006	Teile für Freund-Feind- Kennungssystem und Kommunikationsausrüstung: 75,5%; Software für Interferometer Peilsystem: 12,5%	0,06
2007	Geländewagen mit Sonderschutz und Tarnleuchten: 99,9%	0,26
2008	Teile für Schnellboote: 86,6%	0,07
2009	LKW und Teile für Landfahrzeuge: 94,5%	3,12
2010	Teile für Hubschrauber: 85%	1,65
2011	LKW, Sattelzugmaschinen und Teile für Tarnbeleuchtung: 98,8%	3,96
2012	Teile für Hubschrauber: 73,7 % LKW und Teile für gepanzerte Fahrzeuge, LKW, Patrouillenfahrzeuge: 26,3%	2,08
2013	LKW und Teile für gepanzerte Fahrzeuge, LKW: 97,9%	0,36
2014	Ballistische Schutzwesten: 77,1% Infrarot-Beobachtungsgeräte: 21,9%	8,08
2015	Teile für Hubschrauber: 52,1% Teile für gepanzerte Fahrzeuge und LKW: 17% Sicherheitsisolierverglas und Bombenschutzanzüge: 15,7%	2,11

Jahr	Güter / in % des Gesamtwertes	Gesamtwert
2016	LKW und Teile für gepanzerte Fahrzeuge, LKW: 66,3% Sicherheitsstahl, Sicherheitsisolierverglas und Helme: 16,9%	2,66
2017	LKW, Radlader und Teile für gepanzerte Fahrzeuge: 88%	58,24
2018	Teile für Hubschrauber: 76,6% Gepanzerte Radfahrzeuge und Teile für gepanzerte Fahrzeuge, ballistischen Schutz: 22,6%	1,78
2019	LKW und Teile für gepanzerte Fahrzeuge, LKW: 90,9%	11,88
2020	LKW und ballistisches Glas für Geländewagen [Bank]: 98,7%	57,07
2021	LKW und Teile für gepanzerte Fahrzeuge, LKW: 78,1% Körperpanzer-Schutzplatten: 15,2%	2,70
2022	Teile für Flugabwehrradare: 64,6 % Teile für Kommunikationsausrüstung: 34,9 %	0,65
2023	Bildverstärkerausrüstung: 95,6 %	0,32
2024	LKW, Landfahrzeuge und Teile für gepanzerte Fahrzeuge, LKW: 99,8%	6,14

Quelle: Rüstungsexportberichte der Bundesregierung 1999-2024, verfügbar auf der Website des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz <https://www.bmwk.de>

### Schaubild 1

#### Deutsche Rüstungsexporte, 1999–2024

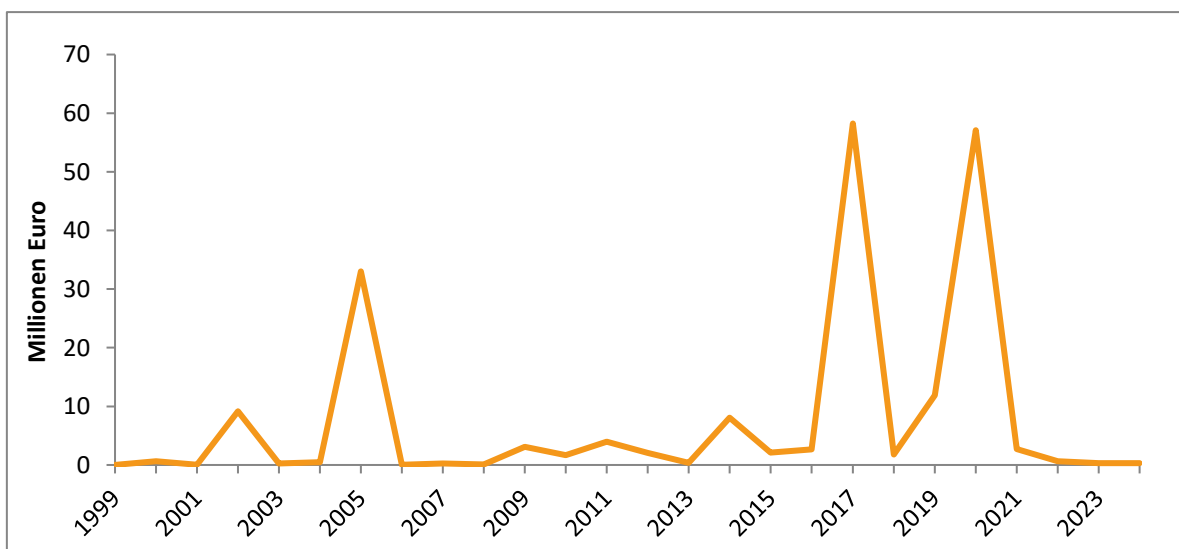


Tabelle 2

**Auszug aus dem Waffenhandelsregister von SIPRI, Lieferungen aus Deutschland nach Tunesien 2000-2024**

Anzahl	Bezeichnung	Waffenkategorie	Bestell-Jahr	Liefer-Jahre	Bisher geliefert	Status
6	Albatros/Type-143	Schnellboot	2004	2005	6	Gebraucht
5	Spexer-2000	Bodenüberwachungsradar	2016	2017	5	Neuwertig
10	Dingo-2	Gepanzerter Mannschaftstransporter	(2017)	2017	10	Gebraucht

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database, [https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/trade\\_register.php](https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/trade_register.php)

### Kommentar

Über die letzten zwei Dekaden empfing Tunesien nur in sehr begrenztem Umfang Rüstungsgüter aus Deutschland. In der Regel hatten diese Lieferungen ein Volumen im einstelligen Millionenbereich oder darunter. Nur dreimal wurden Volumen im zweistelligen Millionenbereich erreicht. So wurden 2005 Schnellboote und Teile für Schnellboote für 30 Millionen Euro geliefert.

Als 2015, als zwei schwere Terroranschläge auf Tourist:innen Tunesien erschütterten, weitete Deutschland seine militärische Kooperation mit dem nordafrikanischen Land aus und sagte die Lieferung militärischer Ausrüstung für 1,2 Millionen Euro und eine verstärkte Ausbildung tunesischer Soldat:innen zu.

Die tunesischen Streitkräfte erhalten nun zunächst ein schwimmendes Dock für die Reparatur von Booten, eine Barkasse für Patrouillen, fünf Kleinlastwagen sowie 3.000 Helme und 700 Doppelfernrohre. Gleichzeitig soll die militärische Kooperation zwischen den beiden Staaten ausgeweitet werden. So schult etwa die Bundeswehr Mechaniker:innen, die militärischen Fahrzeuge aus deutschen Beständen reparieren sollen. Außerdem hat die Bundeswehr in den vergangenen Jahrzehnten mehrere hundert tunesische Soldat:innen ausgebildet. Auch half Deutschland Tunesien dabei helfen, die 600 Kilometer lange Grenze zu Libyen zu sichern, um zu verhindern, dass islamistische Terrorist:innen und Waffen nach Tunesien gelangen.

2017 stiegen die deutschen Rüstungslieferungen nach Tunesien deutlich an. Dabei wurden insbesondere LKW, Radlader und Teile für gepanzerte Fahrzeuge geliefert. Neben fünf Spexer-2000 Bodenüberwachungsradaren lieferte Deutschland 2017 auch zehn gebrauchte gepanzerte Mannschaftstransporter vom Typ Dingo-2. Bei beiden Exporten handelt es sich um Schenkungen der Bundesregierung. Im Jahr 2020 waren deutsche Rüstungsexporte nach Tunesien mit 57 Millionen Euro ähnlich hoch wie 2017. Allerdings war in diesem Fall nicht der tunesische Staat, sondern eine Bank Empfänger. Seitdem fielen die deutschen Exporte wieder auf Volumen im einstelligen Millionenbereich und darunter.

## Bedeutung deutscher Großwaffensysteme für das Empfängerland

**Tabelle 3**

*Höhe der Exporte von Großwaffensystemen nach Tunesien 2020-2024, Mio. TIV<sup>1</sup>*

Jahr	2020	2021	2022	2023	2024	2020-2024
Summe	16	19	33	33	78	179

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database: <https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

**Tabelle 4**

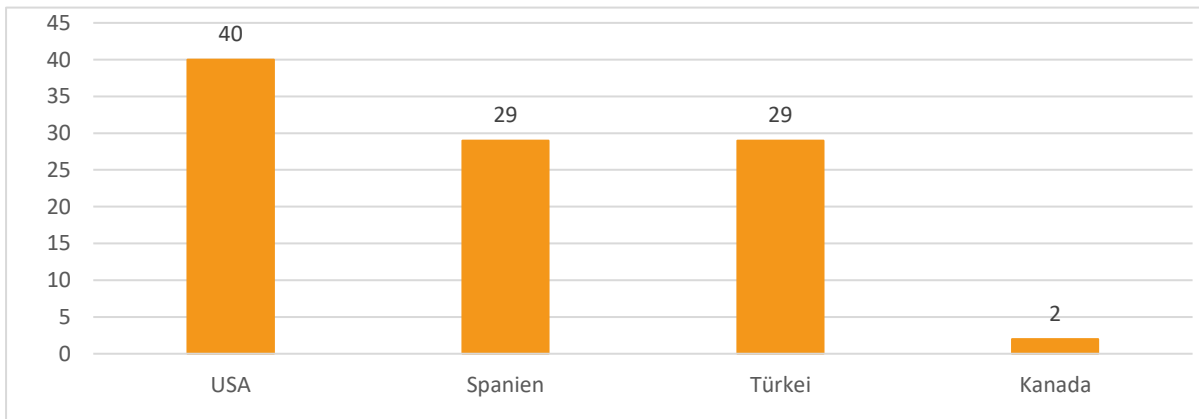
*Deutsche Exporte von Großwaffensystemen nach Tunesien 2020-2024, Mio. TIV*

Da Deutschland im Zeitraum von 2020 bis 2024 keine kompletten Großwaffensysteme nach Tunesien lieferte, finden sich keine entsprechenden Angaben in der Arms Transfer Datenbank von SIPRI.

Quelle: SIPRI Arms Transfer Database, <https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

**Schaubild 2**

*Wichtigste Lieferanten von Großwaffensystemen 2020-2024, Mio. TIV*



Quelle: SIPRI Arms Transfer Database, <https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

### Kommentar zu den Waffenkäufen

<sup>1</sup> SIPRI gibt die Werte als sogenannten Trend Indicator Value (TIV) an. Der TIV basiert auf den bekannten Produktionskosten für bestimmte Waffensysteme und bildet den militärischen Wert in einer eigenen hypothetischen Einheit ab. So werden etwa Wertverluste bei älteren und gebrauchten Geräten berücksichtigt. Der TIV bildet damit eher den militärischen als den finanziellen Wert ab. Weiterführend, siehe SIPRI, Arms Transfers Database, abrufbar unter: <https://www.sipri.org/databases/armstransfers/background#TIV-tables>

Laut SIPRI-Datenbank (Stand: Mai 2025) nahm Tunesien zwischen 2020 bis 2024 die 66. Stelle unter den weltweiten Waffenimporteuren ein. Wichtigster Rüstungslieferant waren die USA, gefolgt von Spanien und der Türkei auf dem zweiten Platz, und – mit einigem Abstand – Kanada.

Im Jahr 2010 bestellte das Land zwei C-130J Transportflugzeuge in den **USA**, die bis Ende 2014 ausgeliefert wurden. Insgesamt wollen die USA ihre militärische Hilfe für das Land verdreifachen und stecken große Hoffnungen in Tunesien, das sich seit Beginn des „Arabischen Frühlings“ 2011 im Transformationsprozess befindet. Von den mehr als 130 Millionen Dollar (114,6 Mio. Euro), die die USA für 2016 beim Kongress für Tunis beantragt haben, flossen rund vier Fünftel in den Anti-Terror-Kampf des tunesischen Militärs. Grund dafür war die gewünschte stärkere Einbindung Tunesiens in den Kampf gegen den Terror. Tunesien soll zu einem bedeutenden Alliierten außerhalb der NATO werden. Zudem plant Tunesien eine Modernisierung der Luftwaffe mit Unterstützung der USA. 2016 exportierten die USA 12 leichte Flugzeuge (Typ MX-7) nach Tunesien. In den letzten zehn Jahren erhielt Tunesien außerdem 12 S-70/UH-60L Hubschrauber, drei leichte Bell-429 GlobalRanger Helikopter (für die Nationalgarde) sowie 24 gebrauchte Bell-206/OH-58D Kampfhubschrauber aus den USA, die zur Grenzsicherung und Terrorismusbekämpfung dienen sollen. Des Weiteren soll durch die Helikopter die Kompatibilität der tunesischen Streitkräfte mit denen der USA und anderen Partnern gesteigert werden. Im Zuge der Modernisierungsreformen der tunesischen Marine bestellte Tunesien 2015 unter anderem 65 Full Cabin Inboard Boote bei den USA, die bis Anfang 2016 ausgeliefert wurden. Seit 2017 wurden zudem 150 Panzerabwehrraketen (Hellfire) geliefert sowie 82 WGU-59-Raketen geordert, 124 Dieselmotoren (ISC, ISL und C280-12) für verschiedene Mannschaftstransporter und Patrouillenboote geliefert und 150 weitere ISC-Dieselmotoren bestellt. Von letzteren wurden 2021 33 Stück geliefert. 2024 erreichten vier neuwertige im Jahr 2021 bestellte Cessna-208 Caravan-EX Flugzeuge, ebenso wie die letzte von insgesamt drei gebrauchten C-130H Tunesien. Letztere wurde als militärische Unterstützung geliefert (Wert von rund 69 Millionen US-Dollar). Acht PC-9 Trainingsflugzeuge, die ebenfalls im Jahr 2021 bestellt wurden, wurden zwischen 2022 und 2023 aus den USA importiert. Seit 2015 wurden zudem 80 HMMWV-UA und neun Pitbull VX Mannschaftstransporter geliefert – alle als Schenkung.

Aus der **Türkei** erhielt Tunesien 2014 bis 2016 100 gepanzerte Mannschaftstransporter vom Typ Kirpi und 2017 70 weitere vom Typ Ejder Yalcin. Jüngst hat Tunesien insgesamt 196 weitere gepanzerte Mannschaftstransporter derselben zwei Typen aus der Türkei geordert, von denen bereits 75 von insgesamt 150 Yalcin und alle 46 Kirpi Tunesien zwischen 2021 und 2023 erreicht haben. Außerdem erhielt Tunesien neun gepanzerte Mannschaftstransporter des Typs Vuran zwischen 2020 und 2021. 2020 bestellte Tunesien fünf bewaffnete Anka-S Drohnen aus der Türkei, welche zwischen 2021 und 2023 vollständig geliefert wurden.

Zwischen 2020 und 2024 wird ebenfalls **Spanien** als bedeutender Rüstungslieferant für Tunesien genannt. Grund hierfür ist die Lieferung von wahrscheinlich vier Luftsuchradaren des Typs Lanza-LTR, welche 2020 in Spanien bestellt wurden und 2024 in Tunesien eintrafen.

Aus **Kanada** erhielt Tunesien zwischen 2022 und 2023 schätzungsweise acht Flugzeugmotoren Pratt & Whitney PT-6A-68 für die aus den USA gelieferten Trainingsflugzeuge (PC-9).

## Militärausgaben

**Tabelle 5**

**Absolute Militärausgaben und Anteil am BIP (Mio. USD)**

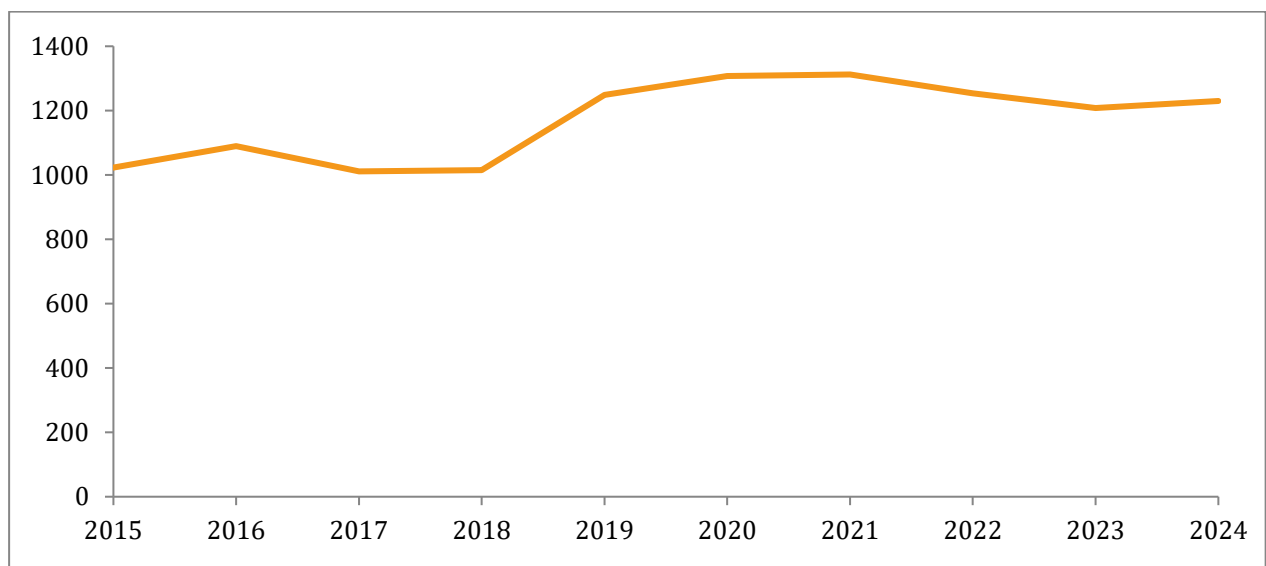
	2020	2021	2022	2023	2024
Militärausgaben (in Millionen US-Dollar)	1307	1312	1254	1208	1230
Anteil am BIP (in %)	2,7	2,6	2,6	2,5	2,5
Anteil an Staatsausgaben (in %)	7,9	7,9	7,0	7,0	7,3

Angaben in konstanten Preisen mit 2023 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

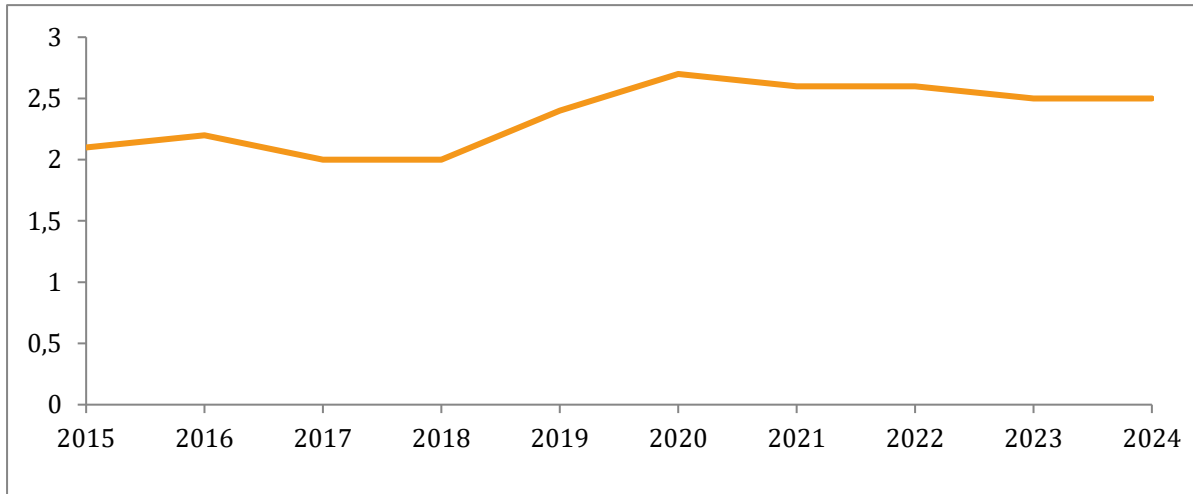
**Schaubild 3**

**Absolute Militärausgaben, Trend 2015 – 2024 in Mio. USD**



Angaben in konstanten Preisen USD mit dem Basisjahr 2023.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

**Schaubild 4****Anteil der Militärausgaben am BIP, Trend 2015 – 2024 (in %)**

Angaben in konstanten Preisen mit 2023 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

**Lokale Rüstungsindustrie**

Insgesamt verfügt Tunesien über keine bedeutenden eigenen Rüstungsproduktionskapazitäten und ist somit auf Waffenlieferungen von anderen Ländern angewiesen. Nach der Unabhängigkeit des Landes von Frankreich (1956) waren zunächst die USA und Frankreich wichtigste Lieferanten von Rüstungsgütern. Mit Unterstützung von Südkorea stellt Tunesien aber kleinere Patrouillenboote in Lizenz her; zwischen 2015 und 2021 wurde eine kleine Anzahl an Patrouillenbooten für die Marine produziert. Zudem werden Munition und vereinzelt auch Kleinwaffen produziert. Auch mit der Türkei wurde ein Kooperationsabkommen geschlossen, genaue Projekte sind bisher aber noch nicht bekannt geworden. Der Import von bewaffneten Anka-S Drohnen aus der Türkei in den Jahren 2021 und 2023 für die Luftwaffe spiegelt wachsende Beziehungen mit der Türkei wider. 2022 verkündete Verteidigungsminister Memmich auf einem militärwissenschaftlichen Symposium, dass die Entwicklung einer Rüstungsindustrie zukünftig ein nationales Ziel darstelle.

**Streitkräftestruktur**

Wehrpflicht: 12 Monate

**Box 1****Gesamtstärke der Streitkräfte**

35.800 aktiv, davon:

Heer: 27.000

Marine: 4.800

Luftwaffe: 4.000

Gendarmerie & Paramilitärische Einheiten: 12.000, davon  
Nationalgarde: 12.000

Quelle: IISS Military Balance 2025

**Tabelle 6**  
**Stärke der Streitkräfte, Trend 2016–2024**

	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024
Aktive in 1.000 (IISS)	35,8	35,8	35,8	35,8	35,8	35,8	35,8	35,8	35,8
Soldat:innen auf 1.000 Einwohner:innen (bicc Berechnungen)	3,1	3,1	3	3	3	3	3	2,9	2,9

Quellen: IISS Military Balance, 2017-2025, World Bank

### Kommentar

Mit einem Gesamtumfang von lediglich 35.800 Soldat:innen sind die Streitkräfte Tunesiens deutlich kleiner und in Bezug auf schwere Waffensysteme den meisten Ländern der Region unterlegen. Vornehmliche Aufgaben der tunesischen Streitkräfte und Sicherheitsbehörden sind seither die Bewahrung territorialer Integrität und innerer Sicherheit sowie die Bekämpfung von militanten islamischen Fundamentalist:innen. Diese genießen zwar nur wenig Rückhalt in der von einer gemäßigten Auslegung des Islam geprägten Bevölkerung, können das Land aber über die offenen Grenzen der Sahara im Süden infiltrieren. Tunesien ist genau wie Algerien ein Verbündeter der Vereinigten Staaten im „Krieg gegen den Terror“. In den vergangenen Jahren wurde zudem die Lage im Nachbarland Libyen als Grund zur Sorge gesehen.

Die tunesischen Landstreitkräfte sind hauptsächlich mit westlichen Waffensystemen ausgerüstet. Viele sind allerdings inzwischen veraltet, eine Modernisierung ist daher im Gange. Die Ausbildung der tunesischen Streitkräfte wird zu großen Teilen auch durch ausländische Kooperationspartner übernommen. So schult etwa die Bundeswehr Mechaniker:innen, die militärische Fahrzeuge aus deutscher Produktion reparieren sollen. Außerdem hat die Bundeswehr in den vergangenen Jahrzehnten mehrere hundert tunesische Soldat:innen ausgebildet. Auch Grenzschützer:innen und Polizist:innen erhalten seit einigen Jahren Training durch Deutschland. Seit den 1980er Jahren genossen im Rahmen des Programms „International Military Education and Training“ (IMET) rund 3.600 Offizier:innen eine Ausbildung in den Vereinigten Staaten. Die Ausbildung des Offizierskorps wird zu großen Teilen vom Pentagon übernommen. So haben beispielsweise alle Luftwaffenoffizier:innen in ihrer Ausbildung militärische Stationen in den Vereinigten Staaten durchlaufen. Im Jahr 2004 beteiligten sich 87 Militärangehörige an IMET-Trainingsmaßnahmen im Wert von 1,88 Millionen US-Dollar, vor allem im Bereich der Terrorismusbekämpfung. Darüber hinaus gab es gemeinsame Militärübungen. Auch in Frankreich und Italien wurden immer wieder Offizier:innen

ausgebildet. Vor den Protesten 2011 gingen viele tunesische Pilot:innen zudem nach Ägypten, um sich dort trainieren zu lassen.

Diese westliche Orientierung der Streitkräfte schlägt sich auch in militärischer Doktrin und Mentalität nieder. 2015 erklärten die USA Tunesien zu einem maßgeblichen Nicht-NATO-Verbündeten; 2020 wurde zudem erneut eine zehnjährige Militärkooperation mit den USA unterzeichnet, wodurch die Trainingskontingente und technische Unterstützung (after-sales support) erhöht werden sollen. Beide Länder halten - zusammen mit anderen Partnerländern der Region und innerhalb der NATO – das jährliche Manöver African Lion ab, welche 2024 und 2025 von Tunesien organisiert wurde.

Tunesien profitiert außerdem von Verteidigungs- und Sicherheitskooperationen mit Frankreich und Italien. Seit 2016 kooperiert Tunesien auch mit Deutschland und den USA im Rahmen des Tunisian Border Security Project. Auch an Peacekeeping Missionen der Vereinten Nationen beteiligen sich die Streitkräfte mit Personal und Gerät.

## Bewaffnung der Streitkräfte

Tabelle 7

### Heer

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Schwere Panzer	84	
Leichte Panzer	48	
Gepanzerte Mannschaftstransporter	480	
Aufklärer	60	
Bergepanzer	11	
Artillerie	276	
Panzerabwehr	35	Anzahl der Fahrzeuge; zusätzlich einige Panzerabwehrenkwaffensysteme (Milan und TOW)
Luftabwehr	Mehr als 126	Zusätzlich einige Flugabwehrraketensysteme (RBS-70)

Quelle: IISS Military Balance 2025

### Kommentar

Die tunesischen Landstreitkräfte sind hauptsächlich mit westlichen Waffensystemen ausgerüstet und sind die größte der drei Teilstreitkräfte. Dennoch bestehen sie nur aus rund 27.000 Personen (davon 22.000 Wehrpflichtige) – deutlich zu wenig, um dauerhaft die Sicherheit und Stabilität des Landes sichern zu können, schätzen Expert:innen. Viele der benutzten Waffen sind zudem inzwischen veraltet, so zum Beispiel die 84 US-amerikanischen M-60 Panzer, welche derzeit im Einsatz sind. Eine umfassende Modernisierung der

Heeresausstattung ist derzeit nicht in Planung, stattdessen liegt der Fokus auf der Verbesserung der Marine, Luftwaffe und nachrichtendienstlichen Fähigkeiten.

Die US-Regierung verkündete daher Anfang 2015, die militärische Unterstützung für Tunesien zu verdoppeln, um Tunesien besser für den Kampf gegen Terrorismus auszurüsten. Aus demselben Grund lieferte China 2015 zudem modernes militärisches Equipment, darunter Waffen, Munition und kugelsichere Westen. Darüber hinaus sicherte die deutsche Bundeswehr nach den Terroranschlägen 2015 militärische Unterstützung zu und lieferte fünf Kleinlastwagen sowie 3.000 Helme und 700 Doppelfernrohre an das tunesische Heer.

Im Februar 2016 kündigte das Vereinigte Königreich Unterstützung bei der Ausbildung tunesischer Soldat:innen an. Ein Trainingsteam von 20 Personen reiste dazu nach Tunesien und bildete insbesondere Streitkräfte aus, die sich anschließend mit dem Kampf gegen illegale Grenzübertritte aus und nach Libyen befassen sollten. 2023 wurde durch die EU ein Hilfspaket über 900 Millionen Euro in Aussicht gestellt, von dem rund 100 Millionen in die „Migrationskontrolle“ bzw. das „Grenzmanagement“ fließen sollen.

**Tabelle 8**

**Marine**

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Patrouillenboote	45	
Logistik und Unterstützung	6	

Quelle: *IISS Military Balance 2025*

**Kommentar**

Obwohl sich die Küste Tunesiens über etwa 1.000 Kilometer erstreckt, verfügt die Marine über eher geringe Kapazitäten. Bei der Ausstattung handelt es sich um meist kleinere Schnellboote der französischen Combattante-Klasse. 2005 stockte das tunesische Verteidigungsministerium seine Marine um sechs ältere Schnellboote der Albatros-Klasse aus deutscher Produktion auf, die seitdem als Patrouillenboote mit vielfältigen Einsatzmöglichkeiten eingesetzt werden und die Anzahl der genutzten Patrouillenboote in Tunesien zwischenzeitlich auf 35 erhöhten. Mit Hilfe Südkoreas wurden zudem zahlreiche Patrouillenboote unter Lizenz in Tunesien produziert. Künftig soll die Marine stärker aufgerüstet und modernisiert werden. Im Zuge dieser Reform bestellte Tunesien 2015 unter anderem vier Patrouillenboote bei dem US-Hersteller SAFE Boats International. Diese ergänzen eine Flotte von über 20 älteren SAFE-Booten.

Die Marine wird von der 12.000 Personen starken Nationalgarde unterstützt, deren Küstenwache u. a. mit 27 Küstenpatrouillenbooten – teilweise aus der ehemaligen DDR (Kondor- und Bremse-Klasse) – sowie drei Transport- und acht Mehrzweckhelikoptern ausgestattet ist und maßgeblich für die Sicherheit von Tourist:innen in tunesischen Ferienorten zuständig ist. Da sie zudem für die Sicherung von Tunesiens Küsten im Zuge der anhaltenden Fluchtbewegungen zuständig ist, schenkte das italienische Innenministerium im Frühjahr 2015 der

tunesischen Küstenwache mehrere Patrouillenboote, die die tunesische Marine bei der Rettung von Geflüchteten unterstützen sollen.

Darüber hinaus sicherte die deutsche Bundeswehr nach den Terroranschlägen 2015 militärische Unterstützung zu und stellte der tunesischen Marine ein schwimmendes Dock für die Reparatur von Booten sowie eine Barkasse für Patrouillen. Auch die USA unterstützt den Ausbau der Fähigkeiten, indem sie z. B. 2017 13 Küstenradarstellungen mit neuen Küstenradaren ausstatteten.

**Tabelle 9**  
**Luftwaffe**

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Jagdflugzeug	11	
Aufklärer	16	
Ausbildungsflugzeuge	31	Davon 9 L-59 Albatros kampffähig
Transportflugzeuge	19	
Mehrzweckhubschrauber	34	
Such- und Rettungshubschrauber	11	
Transporthubschrauber	39	
Drohnen	5	Alle kampffähig (Anka-S)
Raketen	Einige	AIM-9P Sidewinder; AGM-114R Hellfire

Quelle: IISS Military Balance 2025

### Kommentar

Mit nur 4.000 Mitgliedern ist die tunesische Luftwaffe ausgesprochen klein, vor allem im Gegensatz zu seinen Nachbarn Marokko, Algerien und Libyen. Auch die Ausstattung dieser Teilstreitkraft ist limitiert: So besitzt die Luftwaffe lediglich elf Kampfflugzeuge vom Typ F-5E/F. Die tunesische Luftwaffe ist weiterhin dringend modernisierungsbedürftig. Ziel ist es auch, die Such- und Rettungsfähigkeiten der Luftwaffe zu verbessern und sie für humanitäre Einsätze besser auszurüsten. Dazu wurden seit 2011 mehrere Rüstungslieferungen entgegengenommen, darunter unter anderem zwei C-130J Transportflugzeuge, die 2010 bei den USA bestellt und bis Ende 2014 ausgeliefert wurden. Diese wurden zwischen 2022 und 2024 noch um drei weitere gebrauchte Exemplare der Version C130H ergänzt. 2024 wurden die Kapazitäten der tunesischen Luftwaffe ebenfalls durch vier weitere leichte Transportflugzeuge des Typs Cessna-208 Grand Caravan-EX erweitert, welche vor allem als Aufklärer und in der Luftraumüberwachung zum Einsatz kommen sollen. In den letzten fünf Jahren erhielt Tunesien außerdem von den USA vier S-70/UH-60L Hubschrauber, drei leichte Bell-429

GlobalRanger Helikopter sowie 24 gebrauchte Bell-206/OH-58D Mehrzweck- bzw. Kampfhubschrauber. Die mit diesen Lieferungen einhergehende Modernisierung zielt auch darauf ab, die Kompatibilität der tunesischen Streitkräfte mit denen der USA und anderer Partner zu steigern. Anfang 2017 wurde bekannt, dass die USA verstärkte Trainingsmaßnahmen für die tunesische Luftwaffe planen, insbesondere zwecks Sicherung der östlichen Grenze. Vor dem „Arabischen Frühling“ von 2011, wurden einige tunesische Pilot:innen auch in Ägypten ausgebildet.

Zwischen 2021 und 2023 erhielt Tunesien außerdem aus der Türkei fünf bewaffnete Anka-S Drohnen, die sich nun auch im Einsatz der Luftwaffe befinden.

## Box 2

### *Paramilitärische Einheiten*

*Nationalgarde:*

*27 Patrouillenboote*

*8 Mehrzweckhubschrauber*

*3 Transporthubschrauber*

*Mehr als 29 gepanzerte Mannschaftstransporter*

*2 Angriffsfahrzeuge*

*Einige Mehrzweckfahrzeuge*

*Quelle: IISS Military Balance 2025*

## Box 3

### *Peacekeeping*

*Demokratische Republik Kongo (MONUSCO): 10 Soldat:innen*

*Südsudan (UNMISS): 2 Soldat:innen*

*Sudan (UNISFA): 2 Soldat:in*

*Zentralafrikanische Republik (MINUSCA): 838 Soldat:innen*

*Quelle: IISS Military Balance 2025*

## Die Rolle des Militärs in der Gesellschaft

Seit den Protesten des „Arabischen Frühlings“ 2011 hat sich die Rolle des Militärs in Tunesien maßgeblich verändert. Zuvor war der Einfluss der Streitkräfte auf die Landespolitik recht gering; insbesondere im Vergleich zu anderen Ländern der Region, wie etwa Algerien oder Ägypten. So kam es in der Vergangenheit eine politische Einflussnahme des Militärs zwar vor, jedoch weniger regelmäßig und in geringerem Ausmaß als etwa in Algerien; und dies, obwohl der ehemalige Präsident Tunesiens Zine el-Abidine Ben Ali ursprünglich als General und Geheimdienstchef beim Militär Karriere machte. Ben Ali nutzte auch zwar das Militär als Stütze seiner Herrschaft, dennoch sorgte er auch dafür, dass das Militär nicht - wie in anderen Staaten der Region - unverhältnismäßig anwuchs. Daher verwendete er Ressourcen eher für die Stärkung der zivilen Sicherheitsstreitkräfte als zum Verteidigungsministerium und reduzierte

die Truppenstärke auf rund 40.000 Personen. Durch diese Reduktion und die ständige Kontrolle sollte sichergestellt werden, dass er in seiner Herrschaft nicht durch das Militär bedroht wird. Letztlich führten dieser Sparkurs und die geringe Bezahlung der Offizier:innen dazu, dass sich diese während des sog. Arabischen Frühlings gegen das Regime Ben Ali und auf die Seite der Bevölkerung stellten. So verweigerten sie seinen „Eindämmungsbefehl“, als Ben Ali sie 2011 nach wochenlangen Unruhen aufmarschieren ließ, und ließen stattdessen die Bevölkerung gewähren. Infolgedessen übernahm das Militär sukzessive eine stabilisierende Rolle in Sachen innerer Sicherheit, hielt sich dabei jedoch dem politischen Prozess heraus. Dadurch trug es maßgeblich zur demokratischen Transformation des Landes bei.

Nach der Revolution von 2011 und den politischen Umbrüchen, hielt sich das Militär zunächst weiterhin aus politischen Prozessen fern, versuchte aber zunehmend, die innere Sicherheit des Landes zu stärken, was ihm jedoch aufgrund mangelnder Ausbildung und fehlender Ressourcen nur mäßig gelang. Zudem litt darunter die eigentliche Aufgabe des Militärs, die Grenzen – beispielsweise zu Libyen – zu sichern und Waffenschmuggel aus dem instabilen Nachbarland zu unterbinden. Bis heute mangelt es den tunesischen Streitkräften an Ausrüstung, Finanzen und Personal, um alle Aufgaben erfüllen zu können. Gleichzeitig sind die Aufgaben zwischen den Sicherheitskräften und dem Militär nicht hinreichend getrennt, was zur Folge hat, dass die Streitkräfte zunehmend Aufgaben übernehmen, die eigentlich der Polizei zuzuschreiben wären. Dieser Trend nimmt allerdings in letzten Jahren wieder ab. Nichtsdestotrotz nahm unter Kais Saied die politische Rolle und der generelle Einfluss des Militärs wieder stark zu. Nach seiner Wahl 2019 zeigte sich dies bspw. bereits in 2021, als das Militär sich an der Blockade des Parlamentes. Generell hat das Militär aber eine gute Beziehung zur Bevölkerung, was unter anderem auch daran liegt, dass alltägliche Repressionen zur Machtsicherung von paramilitärischen Einheiten des Innenministeriums ausgeführt werden. So geben nach Daten des World Value Survey auch in der Befragungsrunde 2017-2022 rund 72 % der Befragten an, etwas (34,4 %) oder sehr viel Vertrauen (37,7 %) in die Streitkräfte zu haben.

Wie auch in anderen Maghreb-Ländern besteht die vorrangige Aufgabe der tunesischen Streitkräfte bis heute weniger in der Bekämpfung oder Abschreckung äußerer Bedrohungen als in der Verfolgung vereinzelter islamistischer Gruppen im Inneren. Islamischer Fundamentalismus ist in Tunesien nicht so weit verbreitet, sodass die Bevölkerung im Großen und Ganzen die militärische Bekämpfung mutmaßlicher Terrorist:innen unterstützt. Einschränkend muss aber auch angeführt werden, dass sich auch viele Tunesier:innen dem IS angeschlossen haben: Rund 2.900 in Syrien und bis zu 1.000 im Irak und Libyen. Rund 27.000 sollen eine Ausreise versucht haben. Die zum Zweck der Bekämpfung von der Regierung erlassenen „Anti-Terror-Gesetze“ gefährdeten allerdings laut Amnesty International zunehmend grundlegende Menschenrechte. Außerdem würden grundlegende Freiheiten, wie die Meinungs- und Pressefreiheit eingeschränkt, wenn Menschen Kritik am Präsidenten Saied, den Sicherheitskräften oder dem Militär äußerten. Dabei würden manche Betroffene vor Militärgerichte gestellt werden, berichtet bspw. Human Rights Watch. Den Militärgerichten mangelt es an Unabhängigkeit, wie es internationales Gesetz fordert, bemängelt Amnesty International und fordert, die Verurteilungen von Zivilist:innen aufzuheben.

## Polizei und andere Sicherheitskräfte

Tabelle 10

**Ausgaben für öffentliche Ordnung und Sicherheit der Zentralregierung, gemessen am BIP (in %)**

	2019	2020	2021	2022	2023
Ausgaben öffentliche Ordnung / Sicherheit	-	-	-	-	-

Quelle: IMF Government Finance Statistics. [Functional Expenditures \(COFOG\) - IMF Data](#)

Die tunesische Nationalpolizei (SN) untersteht dem Innenministerium und ist für die Strafverfolgung sowie die Aufrechterhaltung der internen Sicherheit und Ordnung zuständig. Innerhalb der Polizei gibt es verschiedene Einheiten, darunter die Verkehrspolizei (Police Routière) sowie eine Eingreiftruppe (Unités d'Intervention), die für die Eindämmung von Ausschreitungen und Straßenkämpfen zuständig ist. Darüber hinaus befinden sich unter der Kontrolle des Innenministeriums die Justizbeamten:innen (Gefängniswärter:innen), eine spezielle Einheit zum Schutze des:der Präsident:in und anderen politischen Persönlichkeiten (Direction Générale de la Sécurité du Chef de l'Etat et des Personnalités Officielles) sowie eine Geheimdiensteinheit (Direction Générale des Services Spéciaux).

Lange Zeit gab es keine klare Trennung der Aufgaben der Sicherheitskräfte und des Militärs, da letzteres teilweise auch Aufgaben der Polizei übernommen hat. Mittlerweile ist das Militär eher für den Kampf gegen Terrorismus zuständig und beide Kräfte arbeiten stärker zusammen, wie beispielsweise Anfang März 2016, als islamistische Kämpfer:innen die Stadt Ben Guerdan an der libyschen Grenze stürmten und gleichermaßen Armee- und Polizeiposten angriffen. Die Polizeikräfte in Tunesien erhalten seit 2015 Unterstützung durch die deutsche Bundespolizei, die in Tunis ein permanentes Büro eröffnet hat. Die Zusammenarbeit soll vor allem die tunesische Grenzpolizei bei der Grenzsicherung zu Algerien und Libyen und die Nationalgarde bei der Wahrung der maritimen Sicherheit unterstützen.

Die Polizei genießt ein geringeres Vertrauen in der Bevölkerung als die Streitkräfte – nur 46,2 % geben in einer Befragung des World Value Survey an, etwas (32,2 %) oder viel Vertrauen (14 %) in die Polizei zu haben. Ergebnissen des Arab Barometers aus dem Jahr 2018 zufolge haben etwas mehr Menschen in Tunesien Vertrauen in die Polizei: So sprachen hier insgesamt 62 % der tunesischen Befragten der Polizei ihr Vertrauen aus.

Seit der Machtübernahme des neuen Präsidenten Saied im Jahr 2021 wird von einer massiven Zunahme von brutalen Übergriffen der Polizeikräfte, auch gegen friedliche Prostiierende berichtet. Diese gehen einher mit willkürlichen Festnahmen und Berichten über Folterung in Haft. Kritik an der Regierung wird zunehmend unterdrückt, was sich auch in den Reden Saieds zeigt, der Regierungskritiker:innen und politische Gegner:innen oft als „Verräter“ oder „Terroristen“ betitelt. Unter diesem Vorwand befinden sich im Januar 2025 laut Human Rights Watch über 50 Personen in Haft. Des Weiteren droht 14 Personen, die aus politischen Motiven inhaftiert sind, trotz mangelnder Beweislage die Todesstrafe. Die Polizei dient damit zunehmend als Werkzeug der politischen Machtausübung und der Unterdrückung politischer

Opposition. Ohne Beweise dürfen Personen in Tunesien gesetzlich maximal 14 Monate in Untersuchungshaft gehalten werden. Dieser Zeitraum wird jedoch häufig weit überschritten.

## Diversität in den Sicherheitskräften

Die Integration von Frauen in die tunesischen Streit- und Sicherheitskräfte entwickelte sich vergleichsweise früh und gilt innerhalb der MENA-Region als vergleichsweise fortgeschritten. Bereits 1976 begann der tunesische Staat damit, Frauen in alle Teilstreitkräfte der Tunisian Armed Forces (TAF) aufzunehmen, darunter Heer, Luftwaffe und Marine. Seit den 2000er Jahren übernahmen Frauen vereinzelt auch Führungspositionen insbesondere innerhalb der Marine und Luftwaffe, allerdings weiterhin überwiegend außerhalb aktiver Kampfrollen. Eine Frau wurde bislang nicht in das Amt der Verteidigungsministerin berufen.

Die stärkere institutionelle Einbindung von Frauen in Sicherheitsstrukturen steht auch im Zusammenhang mit der Umsetzung der Women, Peace and Security Agenda (WPS). Tunesien verabschiedete 2018 erstmals einen Nationalen Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Sicherheitsratsresolution 1325 für den Zeitraum 2018 bis 2022. Der Aktionsplan entstand unter Beteiligung verschiedener Ministerien, darunter das Verteidigungs-, Innen- und Außenministerium. Inhaltlich konzentrierte sich der Plan insbesondere auf den Schutz von Frauen und Mädchen vor Gewalt, die Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt sowie die stärkere Beteiligung von Frauen an Friedens- und Sicherheitsprozessen. Gleichzeitig verknüpft Tunesien die WPS-Agenda stark mit Terrorismusbekämpfung, Prävention von Extremismus, Grenzsicherheit und gesellschaftlicher Stabilität. Der Aktionsplan fordert ausdrücklich eine stärkere Repräsentation von Frauen innerhalb von Polizei, Militär und Sicherheitsinstitutionen sowie in politischen und strategischen Entscheidungspositionen.

Auch die Debatte um eine mögliche Wehrpflicht für Frauen verdeutlicht die staatlichen Bestrebungen zur stärkeren Einbindung von Frauen in den Sicherheitssektor. Bereits seit den 1980er Jahren diskutierten tunesische Regierungen vereinzelt eine verpflichtende militärische Dienstpflicht für Frauen. 2021 kündigte das Verteidigungsministerium erneut einen Gesetzesentwurf an, welcher eine Wehrpflicht für Frauen und Männer vorsah und offiziell mit Gleichstellung zwischen den Geschlechtern begründet wurde. Die Diskussion stand zugleich im Zusammenhang mit wirtschaftlichen Schwierigkeiten, Terrorismusbedrohungen sowie Problemen bei der Rekrutierung ausreichend vieler Freiwilliger für die Streitkräfte. Eine allgemeine verpflichtende Wehrpflicht für Frauen wurde bislang jedoch nicht eingeführt.

Aktuelle offizielle Angaben zum Frauenanteil innerhalb der tunesischen Streit- und Sicherheitskräfte veröffentlicht der Staat nur eingeschränkt, was eine fundierte quantitative Einordnung erschwert. Daten zu UN-Friedensmissionen zeigen jedoch, dass Frauen weiterhin deutlich unterrepräsentiert bleiben. Insgesamt entsandte Tunesien zuletzt 672 Personen in internationale Friedensmissionen, darunter lediglich 50 Frauen. Besonders niedrig fiel der Frauenanteil innerhalb militärischer Truppenkontingente aus, wo Frauen lediglich rund 5 % der entsandten Kräfte ausmachten.

Die rechtliche und gesellschaftliche Situation von LGBTQ Personen bleibt auch innerhalb des Sicherheitssektors sensibel. Ein ausdrückliches gesetzliches Verbot für LGBTQ Personen, offen in den tunesischen Streitkräften zu dienen, besteht nicht. Gleichzeitig bleibt die Situation uneindeutig, da gleichgeschlechtliche Beziehungen in Tunesien weiterhin strafbar sind und LGBTQ-Personen gesellschaftlicher Diskriminierung ausgesetzt sein können.

## Teil II: Informationen zu den Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts

### Bewertung auf Grundlage der [bicc-Datenbank](#)

Kriterium	Bewertung
1. Einhaltung internationaler Verpflichtungen	Nicht kritisch
2. Achtung der Menschenrechte im Empfängerland	Kritisch
3. Innere Lage im Empfängerland	Kritisch
4. Erhalt von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region	Möglicherweise kritisch
5. Bedrohung von Alliierten	Nicht kritisch
6. Verhalten in der internationalen Gemeinschaft	Nicht kritisch
7. Unerlaubte Wiederausfuhr	Kritisch
8. Wirtschaftliche und technische Kapazitäten des Landes	Möglicherweise kritisch

Quelle: Bonn International Centre for Conflict Studies (bicc): Rüstungsexport-Datenbank ([ruestungsexport.info](http://ruestungsexport.info)).

## Einhaltung internationaler Verpflichtungen

Tabelle 11

### Mitgliedschaft in Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträgen

Kurzname des Abkommens	Status	Quelle
Genfer Protokoll zum Einsatzverbot chemischer und biologischer Waffen, 1928	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Partieller atomarer Teststopp Vertrag, 1963	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Äußerer Weltraumvertrag, 1967	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen, 1970	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Vertrag zum Verbot von Massenvernichtungswaffen auf dem Meeresboden, 1972	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Konvention über das Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung von Biologie- und Toxinwaffen, 1975	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch

Kurzname des Abkommens	Status	Quelle
Konvention zum Verbot der Veränderung der Umwelt zu unfriedlichen Zwecken, 1978	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Konvention zum Verbot bestimmter konventioneller Waffen, 1983	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Konvention über das Verbot der Entwicklung, Herstellung, Lagerung und des Einsatzes chemischer Waffen, 1997	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Anti-Personenminen-Konvention, 1999	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Konvention über Streumunition, 2010	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Der Internationale Waffenhandelsvertrag (ATT), 2014	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Atomwaffenverbotsvertrag (AVV), 2021	Nicht beigetreten	<a href="https://treaties.un.org">https://treaties.un.org</a>
Vertrag über eine atomwaffenfreie Zone Afrika (Vertrag von Pelindaba von 2006)	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch

## Kommentar

Tunesien ist den wichtigsten internationalen Abrüstungsabkommen beigetreten, mit Ausnahme des Internationalen Waffenhandelsvertrags (ATT) von 2014. Das Land besitzt keine Massenvernichtungswaffen und hat allen Berichten zufolge auch nie versucht, in den Besitz solcher Waffen zu gelangen. Dem Vertrag über eine atomwaffenfreie Zone Afrika (Pelindaba Vertrag), der 2009 in Kraft getreten ist, ist Tunesien beigetreten. Anti-Personenminen wurden von Tunesien nach eigenen Angaben zuletzt 1980 eingesetzt. Dem Landmine Monitor 2024 zufolge besitzt das Land noch 4.320 Anti-Personenminen.

Derzeit sind keine Sanktionen der EU und der Vereinten Nationen gegen Tunesien verhängt.

## Achtung der Menschenrechte im Empfängerland

**Tabelle 12**

### *Mitgliedschaft in UN-Menschenrechtsabkommen*

Abkommen	Status	Quelle
Internationale Konvention zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung, 1969	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>
Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, 1976	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>
Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte, 1976	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>
Konvention zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW), 1981	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>
Fakultativprotokoll zur CEDAW-Konvention, 2000	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>

Abkommen	Status	Quelle
Konvention gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe, 1987	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>
Konvention über die Rechte des Kindes, 1990	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>
Fakultativprotokoll zur Konvention über die Rechte des Kindes betreffend den Verkauf von Kindern, die Kinderprostitution und die Kinderpornographie, 2002	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>
Fakultativprotokoll zur Konvention über die Rechte des Kindes betreffend die Beteiligung von Kindern an bewaffneten Konflikten, 2002	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>

**Box 4****Auszug aus dem Jahresbericht von Human Rights Watch 2026**

*Tunisian authorities tried dozens of people, including prominent opposition figures, lawyers, and activists, in politically motivated cases and sentenced them to long prison terms on vague charges including terrorism or conspiracy against state security. The government has turned arbitrary detention into a cornerstone of its repressive policy, aimed at depriving people of their civil and political rights.*

*Civic space shrunk as authorities harassed activists and targeted civil society organizations with unfounded criminal investigations, increasing financial and administrative controls, and restrictions on their activities.*

Quelle: Human Rights Watch Report 2026

[World Report 2026: Tunisia | Human Rights Watch](#)

**Box 5****Auszug aus dem Jahresbericht von Amnesty International 2026**

*Authorities escalated the crackdown on freedom of expression, peaceful assembly and all forms of dissent. Human rights organizations were targeted with investigations or asset freezes, with human rights defenders and NGO staff prosecuted and detained for their human rights work. Mass trials and harsh sentencing of opposition members under counterterrorism or cybercrime laws further contributed to a crisis in the rule of law. Tunisia maintained its suspension of access to asylum and committed widespread human rights violations against migrants, asylum seekers and refugees. These included collective expulsions amounting to refoulement, arbitrary detention, torture and other ill treatment, and reckless interceptions at sea.*

Quelle: Amnesty International Report 2026

[The State of the World's Human Rights: April 2026 - Amnesty International](#)

**Box 6****Bewertung bürgerlicher und politischer Rechte durch Freedom House 2026**

*Bewertung für Tunesien auf einer Skala von 0 für völlig unfrei bis 100 für völlig frei:*

*Bürgerliche Rechte: 31/60*

*Politische Rechte: 11/40*

*Gesamtbewertung: Teilweise frei (42/100)*

*Die Bewertung durch Freedom House ist subjektiv, sie beruht auf dem Urteil von Expert:innen, deren Namen von Freedom House nicht bekannt gemacht werden.*

**Box 7****Auszug aus dem Länderbericht von Freedom House 2026**

*After the ouster of a longtime autocrat in 2011, Tunisia held a series of free multiparty elections, and citizens enjoyed considerable political rights and civil liberties under a constitution promulgated in 2014. However, corruption, economic challenges, security threats, and unresolved problems related to gender equality and transitional justice remained obstacles to full democratic consolidation. Following his election in 2019, President Kais Saïed worked to transform the political system and expand his own executive authority. In 2021, Saïed invoked emergency powers and unilaterally dismissed the legislature and the prime minister. Since then, his administration has undermined Tunisia's other institutions, including the judiciary and the electoral commission, and engaged in campaigns of legal persecution against his opponents.*

*Quelle: [Tunisia: Freedom in the World 2026 Country Report | Freedom House](#)*

**Kommentar**

Tunesien ist allen wichtigen internationalen Menschenrechtsabkommen beigetreten und in der Verfassung von 2014 sind die Menschenrechte sowie die Unabhängigkeit der Justiz garantiert. Trotzdem gibt es im Bereich der Menschenrechte erhebliche Defizite. In Folge des von den Vereinigten Staaten geführten „Krieg gegen den Terror“ hat sich die Menschenrechtssituation in Tunesien verschlechtert. Politische Freiheiten sind äußerst begrenzt. Zwar hat sich die Lage nach den Umstürzen in Tunesien grundsätzlich gebessert und politische Häftlinge wurden im Nachgang entlassen, die ohnehin bereits stark eingeschränkten Meinungs- und Versammlungsfreiheiten wurden mit „Anti-Terror-Gesetzen“ und dem seit 2015 verhängten und regelmäßig verlängerten Notstand allerdings weiter untergraben. Zwar gelten grundsätzlich verfassungsrechtliche Garantien für Meinungs- und Versammlungsfreiheit, die staatlich seit dem Ende des Regimes von Ben Ali durchaus stärker geachtet wurden – Proteste, die sich insbesondere wegen des Mangels beruflicher Möglichkeiten und hoher Arbeitslosigkeit, schlechter Lebensbedingungen oder Wasserknappheit formierten, wurden jedoch des Öfteren gewaltsam durch die staatlichen Sicherheitskräfte aufgelöst und Demonstrant:innen strafrechtlich verfolgt. „Reporter ohne Grenzen“ zufolge wurden Journalist:innen, insbesondere im Zuge von Protesten, Opfer polizeilicher Schikane. Blogger:innen und Nutzer:innen Sozialer Medien wurden ebenfalls für Meinungsäußerungen strafrechtlich belangt. Es gibt Berichte von teils tödlicher Polizeigewalt und Folter und Misshandlung in Haft. Im März 2019 hat die „Kommission für Wahrheit und Würde“ (Instance Vérité et Dignité, IVD),

die zur Untersuchung von Menschenrechtsverletzungen und Korruption eingesetzt wurde, einen 2.000 Seiten umfassenden Bericht zu Menschenrechtsverletzungen durch tunesische Sicherheitskräfte zwischen 1955 und 2013 veröffentlicht. Es gibt Berichte, dass die IVD in ihrer Arbeit von staatlichen Akteuren behindert wurde und Reformvorschläge der IVD sind bisher nicht implementiert worden. Unter Präsident Kais Saied haben die Repressionen gegen Oppositionelle und Kritiker:innen im Jahr 2023 laut Human Rights Watch zugenommen. Er ließ im Juli 2022 mit einem Referendum über eine neue, größtenteils von ihm formulierte Verfassung abstimmen. Zwar stimmten 95% der Verfassung zu, doch die Wahlbeteiligung lag gerade mal bei 30 %. Die Opposition hatte zum Boykott aufgerufen, da die Änderungen in der Verfassung, dem Präsidenten mehr und dem Parlament weniger Macht überträgt. Zudem wurden Kontrollinstanzen, bspw. die Anti-Korruptionsbehörde und der Oberste Justizrat, und demokratisch gewählte Kommunalräte aufgelöst. Im Februar 2023 wurden Oppositionelle, darunter Aktivst:innen, Anwälte, Richter:innen und ein Direktor eines beliebten Radiosenders festgenommen. Darüber hinaus werden Kritiker:innen unter Hausarrest gesetzt und vor dem Militärgericht angeklagt. Diese Entwicklung setzte sich auch im Jahr 2025 fort, als Gerichte vermehrt gegen potenzielle Präsidentschaftskandidat:innen und andere Oppositionelle vorgingen, indem sie diese strafrechtlich verfolgten und mit langjährigen oder lebenslangen politischen Betätigungsverboten belegten, was die politische Teilhabe weiter einschränkte.

Tunesien ist ein wichtiges Transitland für irreguläre Migration im Mittelmeerraum. Im Februar 2023 wurden Aussagen vom Präsidenten Saied öffentlich, in welchen er Flüchtlingen aus Sub-Sahara Afrika Kriminalität und eine Verschwörung gegen Tunesien unterstellt. Er warnte vor einem Bevölkerungsaustausch. In Tunesien kommt es immer wieder zu (gewaltvollen) Übergriffen an Geflüchteten. Im August 2023 starben 27 Migrant:innen an der tunesisch-lybischen Grenzen. Sicherheitskräfte hatten mit „Pushbacks“ 2.000 Menschen im Gebiet um die Stadt Sfax in die Wüste außerhalb der tunesischen Grenzen getrieben.

### **Geschlechtsspezifische Gewalt**

Tunesien gilt im regionalen Vergleich als Staat mit vergleichsweise fortschrittlichen gesetzlichen Regelungen im Bereich Frauenrechte und geschlechtsspezifischer Gewalt. Trotz rechtlicher Reformen bleibt geschlechtsspezifische Gewalt weiterhin weit verbreitet. Nach Angaben des United Nations Population Fund (UNFPA) lag die Rate partnerschaftlicher Gewalt zuletzt bei 8,3 %, während rund 1,5 % der Frauen von Kinderehen betroffen waren.

Einen zentralen rechtlichen Reformschritt stellte das 2017 verabschiedete Gesetz Nr. 58 gegen Gewalt an Frauen dar, welches als eines der umfassendsten Gesetze gegen geschlechtsspezifische Gewalt innerhalb der MENA Region gilt. Das Gesetz kriminalisiert physische, psychische, sexuelle, wirtschaftliche sowie politische Gewalt gegen Frauen und sieht Schutzmaßnahmen, spezialisierte Polizeieinheiten sowie Unterstützungsangebote für Betroffene vor. Gleichzeitig kritisiert Human Rights Watch weiterhin erhebliche Defizite bei der praktischen Umsetzung. Behörden reagieren häufig unzureichend auf Anzeigen häuslicher Gewalt und setzen Schutzmaßnahmen nur begrenzt um. Betroffene berichten zudem weiterhin von respektlosem Umgang durch Behörden, Druck zur Rücknahme von Anzeigen sowie Vermittlungsversuchen anstelle strafrechtlicher Verfolgung. Die tunesische Polizei registrierte allein 2021 nahezu 69.000 Beschwerden wegen Gewalt gegen Frauen und Mädchen; rund 75,5 % der gemeldeten Fälle standen im Zusammenhang mit partnerschaftlicher Gewalt. Gleichzeitig bestehen weiterhin erhebliche Defizite bei Schutzunterkünften,

finanzieller Unterstützung Betroffener sowie bei der institutionellen Koordination staatlicher Schutzmaßnahmen. Frauenrechtsorganisationen kritisieren darüber hinaus eine Kultur der Straflosigkeit und staatlicher Untätigkeit. Dies zeigt sich insbesondere am starken Anstieg registrierter Femizide: Seit 2018 habe sich deren Zahl versechsfacht; allein 2023 wurden mehr als 27 Fälle dokumentiert.

Nach Angaben einer Studie der Cambridge University berichteten 45,5 % der befragten Frauen von eigenen Erfahrungen mit geschlechtsspezifischer Gewalt. Gleichzeitig leiteten lediglich 22,2 % der Betroffenen rechtliche Schritte ein. Als zentrale Gründe nannten die Befragten mangelndes Vertrauen in staatliche Institutionen, Angst vor Vergeltung sowie gesellschaftlichen Druck. Psychische Gewalt wurde dabei mit Abstand am häufigsten genannt; 76,4 % der Befragten betrachteten sie als häufigste Gewaltform, gefolgt von sexueller Gewalt mit 21,3 %. Darüber hinaus hielten 83,3 % der Befragten die bestehenden Gesetze für nicht ausreichend streng, während 37,3 % die vorhandenen Schutzmechanismen gar nicht kannten. Die Studie verweist insbesondere auf patriarchale gesellschaftliche Strukturen, diskriminierende Geschlechternormen sowie unzureichende rechtliche Durchsetzung als zentrale Ursachen geschlechtsspezifischer Gewalt.

Tunesien gehört zu den wenigen Staaten der Region, deren Gesetzgebung Frauen grundsätzlich denselben Zugang zu Scheidungsverfahren ermöglicht wie Männern. Vergewaltigung in der Ehe ist seit der Reform des Gesetzes gegen geschlechtsspezifische Gewalt von 2017 strafbar. Im Bereich reproduktiver Rechte verfügt Tunesien im regionalen Vergleich über einen vergleichsweise liberalen Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen. Schwangerschaftsabbrüche sind bis zum Ende des ersten Trimesters grundsätzlich legal und bedürfen keiner Zustimmung des Ehepartners. Nach Ablauf dieser Frist bleiben Abbrüche unter bestimmten medizinischen oder psychischen Voraussetzungen erlaubt. Gleichzeitig berichten Menschenrechtsorganisationen weiterhin von praktischen Zugangshürden sowie regionalen Unterschieden bei der tatsächlichen Verfügbarkeit entsprechender Leistungen.

Die rechtliche und gesellschaftliche Situation von LGBTQ Personen bleibt in Tunesien weiterhin stark eingeschränkt. Im internationalen Equality Index belegte Tunesien Platz 160 von 197 Staaten und erreichte lediglich 14 von 100 Punkten. Besonders niedrig fielen die Bewertungen im Bereich rechtlicher Schutzmechanismen mit 13 Punkten sowie hinsichtlich gesellschaftlicher Akzeptanz mit 15 Punkten aus. Gleichgeschlechtliche Beziehungen bleiben nach Artikel 230 des tunesischen Strafgesetzbuches weiterhin strafbar und können mit Freiheitsstrafen von bis zu drei Jahren geahndet werden. Nach Angaben von Amnesty International nahmen Strafverfolgung und Repressionen gegen LGBTQ Personen zuletzt weiter zu. Zwischen Juli und November 2025 wurden laut der tunesischen LGBTQ Organisation Damj insgesamt 79 Personen – überwiegend trans Frauen – allein aufgrund ihrer tatsächlichen oder zugeschriebenen sexuellen Orientierung beziehungsweise Geschlechtsidentität festgenommen. Bis zum Jahresende wurden 37 von ihnen zu Haftstrafen zwischen sechs Monaten und drei Jahren verurteilt.

## Innere Lage im Empfängerland

### Box 8

#### **Politisches System; Auszug aus dem Transformationsatlas 2026 der Bertelsmann Stiftung**

*During the review period, President Kais Saied consolidated his autocratic rule in Tunisia. The president presented himself as embodying the will of the Tunisian people and the idea of "Tunisianité," a specific form of Tunisianness. The foundations of the new regime, formally established in the 2022 constitution, rest on a personalist and discretionary governing style.*

*The main events on the political front were local elections in December 2023 and the presidential election in October 2024. These developments completed the institutionalization of regime change that began in July 2021, when the president dissolved the democratically elected parliament and dismissed the government, overriding the 2014 constitution. The local elections took place amid a power vacuum at the local administrative level after Saied also dissolved the democratically elected local councils in March 2023. The opposition boycotted the elections, and the turnout rate was just 11.3% (slightly higher than the corresponding rate for the 2022 legislative elections). The presidential election was marked by repression directed against opposition candidates, many of whom either boycotted the polls or were barred from participating through administrative and judicial procedures. The president was re-elected with 90.7% of the vote, with a turnout rate of 28.8%. Leaders of political parties across the ideological spectrum faced imprisonment, as in the case of Ennahda leader Rached Ghannouchi and Parti Destourien Libre (PDL) leader Abir Moussi, or went into exile, as did former President Moncef Marzouki. The crackdown on civil liberties also affected journalists, lawyers, judges and political activists.*

*The political consolidation and new constitutional order driven by President Saied did not prevent poor governance outcomes. Policy implementation was hindered by personalistic rule, high staffing turnover in ministries, interinstitutional conflict and, at times, erratic decisions. In August 2023, Prime Minister Najla Bouden Romdhane was dismissed because of the country's poor economic performance and replaced by Ahmed Hachani, who was in turn replaced a year later by Kamel Madouri.*

*Quelle: [BTI 2026 Tunisia Country Report: BTI 2026](#)*

#### **Korruptionsindex von Transparency International - Corruption Perceptions Index (2025)**

Im Jahresbericht 2025 von Transparency International, für den in 180 Staaten Befragungen zur Wahrnehmung von Korruption bei Beamten und Politiker:innen durchgeführt wurden, erreichte Tunesien 39 von 100 möglichen Punkten (2024: 39 Punkte). Damit erreichte es genauso viele Punkte wie Marokko, Albanien, Indien und die Malediven. Deutschland erreichte 77 Punkte.

*Quelle: [Corruption Perceptions Index 2025 - Transparency.org](#)*

#### **Spannungen und innere Konflikte**

Nach dem Arabischen Frühling und dem Sturz des Diktators Ben Ali begann in Tunesien eine demokratische Transition, in dessen Rahmen eine Übergangsregierung aus ehemaligen Regierungsmitgliedern und Regimegegner:innen demokratische Wahlen vorbereitete. Im Januar 2014 wurde dann eine neue Verfassung verabschiedet. Nach einer Phase relativer Stabilisierung kam es 2015 und 2016 erneut zu sozialen Protesten und sicherheitspolitischen Spannungen, ausgelöst durch wirtschaftliche Probleme und einzelne terroristische

Anschläge, die insbesondere den Tourismussektor trafen und zur wiederholten Verhängung des Ausnahmezustands führten. Die Bedrohung durch islamistische Gruppen blieb dabei begrenzt und gesellschaftlich weitgehend isoliert, hatte politisch jedoch erhebliche Auswirkungen. Zwei Terroranschläge auf touristische Ziele im März und Juni 2015 mit zahlreichen Todesopfern verschärfen die Sicherheitslage und führten zu einem dramatischen Einbruch der Zahlen von Tourist:innen. Am 4. Juli 2015 wurde daraufhin erneut der Ausnahmezustand verhängt, der seither fortbesteht. Seither kam es zu weiteren terroristischen Anschlägen mit zahlreichen Todesopfern, so bspw. im Juni 2019 nahe der französischen Botschaft in Tunis und im März 2020 in der Nähe der US-amerikanischen Botschaft in Tunis. Im Mai 2023 kam auf der Insel Djerba es zu einem Anschlag auf eine jüdische Synagoge, bei der mehrere Menschen erschossen wurden.

Die jüngsten Ereignisse seit dem Juli 2021, stellten eine erneute sehr tiefe Krise dar und die politische Praxis zeitweise auf den Kopf. Nachdem Präsident Kais Saied den Premierminister und Parlamentsvorsitzenden Hichem Mechichi entließ, das Parlament vorübergehend auflöste und eine nächtliche Ausgangssperre verhängte, umstellte auch das Militär zeitweise das Parlamentsgebäude und weitere Regierungseinrichtungen und blockierte deren Arbeit. Auslöser waren dem Präsidenten zufolge die pandemische und wirtschaftliche Notlage sowie ausufernde Massenproteste gegen die ineffektive Regierung. Die Regierungsmehrheit wertete dies als Staatsstreich unter Ausnutzung eines Verfassungsartikels – ein großer Teil der Bevölkerung befürwortete den Schritt Saieds jedoch, welche eine Absetzung von Regierung und Parlament forderten. Im August 2022 wurde eine umstrittene neue Verfassung verabschiedet, die die politische Macht Saieds enorm erweitert und weitreichende Änderungen des politischen Systems einführt. Mehr als 90 % der Wahlbeteiligten stimmten für die neue Verfassung (auch wenn die Beteiligung mit 30,5 % gering war). Diese betont zudem anstelle des weltlichen Staatscharakters die Ziele des Islams und wird von Kritiker:innen als Schritt in Richtung Autokratie gewertet, da sie Kontrollinstanzen über das Präsidialamt einschränkt bzw. abschafft (bspw. das Amtsenthebungsverfahren) und im Umkehrschluss diesem Amt mehr Kontrollmöglichkeiten gegenüber den anderen Gewalten einräumt. So kann der:die Präsident:in nun die Regierung sowie Richter:innen ernennen und absetzen oder das (zukünftig aus zwei Kammern bestehende) Parlament auflösen. In der Bevölkerung vertieft sich die Polarisierung zwischen Gegner:innen und Anhänger:innen des Präsidenten; Seit den frühen 2020er Jahren ist Tunesien außerdem ein zentrales Transitland für irreguläre Migration, insbesondere aus Subsahara-Afrika. Nach Aussagen Präsident Saieds im Februar 2023, in denen er vor einem angeblichen „Bevölkerungsaustausch“ warnte, nahmen rassistische Übergriffe auf Migrant:innen und Geflüchtete deutlich zu.

## **Erhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region**

### **Geographische Lage**

Mit 155.360 km<sup>2</sup> ist Tunesien das kleinste nordafrikanische Land. Es grenzt im Westen an Algerien, im Südosten an Libyen und im Norden und Nordosten an das Mittelmeer.

### **Politische Situation in der Region**

Tunesien pflegt gute Beziehungen zu den anderen arabischen Staaten und spielt eine aktive Rolle in innerarabischen Angelegenheiten. Besonders intensiv ist die Kontaktpflege zu

den beiden unmittelbaren Nachbarn Algerien und Libyen. Im Jahr 2025 vertiefte Tunesien seine sicherheitspolitische Kooperation mit dem Nachbarn Algerien durch ein umstrittenes Verteidigungsabkommen, und gemeinsam mit Algerien und Ägypten forderte es die libyschen Konfliktparteien zu ernsthaften Friedensverhandlungen auf; Mit Libyen ist Tunesien seit der Aufnahme von zehntausenden libyschen Geflüchteten durch tunesische Familien während des libyschen Bürgerkrieges 2011 und in Folge der erneuten Auseinandersetzungen seit Mitte 2014 besonders eng verbunden. Die Fluchtbewegung ausgehend von Libyen in Folge des andauernden Bürgerkrieges stellt für die Region insgesamt eine Herausforderung dar. In der Zusammenarbeit mit dem westlichen Nachbarn Algerien dominieren die wirtschaftlichen Beziehungen und die Sicherheitskooperation. Die Beziehungen zu Marokko sind gut, der Austausch von Besucher:innen auf hoher Ebene ist intensiv. Von 1979 bis 1990 war Tunis Sitz der Arabischen Liga. Insgesamt ist ein politischer Umbruchsprozess in der gesamten Region im Gange. Der „arabische Frühling“ hat alte Regime zum Einsturz gebracht (Ägypten) und Konflikte entfacht (Libyen) und langfristige Folgen dieser Umbrüche sind nach wie vor unklar. Zu Syrien blieb Tunesien lange Zeit auf Distanz, nachdem es als erstes Land im Februar 2012 die Beziehungen zur Assad-Regierung abgebrochen hat. Seit 2023 werden jedoch wieder diplomatische Beziehungen zu Syrien initiiert. Militärische Interventionen in den Gewaltkonflikten der Region werden jedoch entschieden abgelehnt.

Das tunesische Parlament diskutierte im November 2023 ein Gesetz, dass die geschäftlichen und privaten Kooperationen und Kontakte mit israelischen Staatsbürger:innen unter Strafe stellen sollte. Ein Teil des Gesetzes war schon ratifiziert, aber durch Saied blockiert. Nichtsdestotrotz vertritt Saied eine israelfeindliche Außenpolitik. So argumentierte er bspw. bei der Ablehnung des Gesetzes, dass man Beziehungen zu einer „Entität“ nicht kriminalisieren könne, die Tunis nicht anerkennt; Gleichzeitig intensivierte Tunesien in diesem Zeitraum seine politischen Beziehungen zum Iran. Parallel dazu intensiviert Tunesien im Rahmen des wachsenden chinesischen Engagements im Maghreb seine Kooperation mit Peking, was Teil einer breiteren Strategie ist, in der China wirtschaftliche Zusammenarbeit und diplomatische Optionen für mehrere nordafrikanische Staaten ausbaut.

### **Grenzkonflikte**

Tunesien hat derzeit keine formellen Grenzkonflikte mit seinen Nachbarstaaten, sieht sich jedoch wiederholt mit grenzüberschreitenden Sicherheitsvorfällen konfrontiert, insbesondere an der Grenze zu Libyen, wo als Reaktion auf Terrorismus ein rund 200 Kilometer langer Grenzzaun errichtet wurde und im März 2024 der wichtige Grenzübergang Ras Jdir zeitweise geschlossen wurde. Die Schließung war die Antwort auf gewaltvolle Auseinandersetzungen an der Grenze. Der Innenminister sprach in einem Statement von „Outlaws“, die den Grenzübergang angriffen. Dazu kam es zu einer Wiederaufnahme der Grenzfrage um das Kontinentalschelf, auf dem das Bouri-Ölfeld liegt. Der tunesische Präsident forderte eine gerechte Aufteilung des Ölfeldes, da Tunesien in der Vergangenheit nur einen „Krümel“ erhalten habe. Der Vorsitzende des Ausschusses für nationale Sicherheit im libyschen Repräsentantenhaus, Talaa al-Mihou, antwortete darauf, dass Libyen keine Maßnahme anerkenne, die die Grenzlegung verschieben. Wie der Konflikt weiterentwickelt, bleibt abzuwarten.

## Regionale Rüstungskontrolle

Es gibt kaum Abkommen oder Verhandlungen zur regionalen Rüstungskontrolle. Tunesien hat ausschließlich die Bamako Declaration on an African Common Position on the Illicit Proliferation, Circulation and Trafficking of Small Arms and Light Weapons unterzeichnet, welche die Kontrolle von Klein- und leichten Waffen innerhalb der Afrikanischen Union verbessern soll.

Im Juni 2025 fand im Friedens- und Sicherheitsrat der Afrikanischen Union ein fachliches Briefing zur besseren Abstimmung regionaler Waffen- und Munitionskontrollinstrumente mit globalen Rahmenwerken statt, was das Ziel der Afrikanischen Union unterstreicht, durch politische Koordination und technische Zusammenarbeit insbesondere die illegale Verbreitung von Kleinwaffen und Munition einzudämmen.

## Bedrohung von Alliierten

### Stationierung alliierter Streitkräfte in der Region

In Tunesien sind derzeit keine ausländischen Militäreinheiten stationiert.

Im Rahmen der „Trans Saharan Counterterrorism Initiative (TSCTI)“ sind jedoch US-amerikanische Spezialeinheiten im weiteren nordafrikanischen Raum, also auch in Tunesien stationiert, um die dortigen Streitkräfte im Anti-Terror-Kampf auszubilden. Mit Tunesien wurden in der Vergangenheit einige gemeinsame Militärübungen durchgeführt.

## Verhalten in der internationalen Gemeinschaft

**Tabelle 13**

### *Beitritt zu wichtigen Anti-Terrorismus-Abkommen*

Abkommen	Status	Quelle
Konvention zur Bekämpfung der rechtswidrigen Inbesitznahme von Luftfahrzeugen, 1971	Beigetreten (mit Einschränkungen)	<a href="http://www.icao.int">http://www.icao.int</a>
Konvention zum Schutz bestimmter Personen, einschließlich Diplomaten, 1977	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>
Internationale Konvention gegen Geiselnahmen, 1983	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>
Konvention zum physischen Schutz nuklearen Materials, 1987	Beigetreten	<a href="http://www.iaea.org">http://www.iaea.org</a>
Konvention über die Markierung von Plastiksprengstoffen, 1998	Beigetreten	<a href="http://www.icao.int">http://www.icao.int</a>
Internationale Konvention zur Unterdrückung terroristischer Bombenanschläge, 2001	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>
Internationale Konvention zur Unterdrückung der Finanzierung terroristischer Organisationen, 2002	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>
Internationale Konvention zur Unterdrückung von Handlungen des Nuklear-Terrorismus, 2007	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>

## Kommentar

Trotz seiner verhältnismäßig geringen Größe spielt Tunesien eine beachtliche Rolle in der internationalen Politik. Die Beziehungen zu den meisten europäischen Staaten sowie zu den USA sind gut; auch wenn seitens der EU zuletzt wiederholt Besorgnis über Rückschritte bei Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten in Tunesien geäußert wurde. Innerhalb der arabischen Welt hat Tunesien in der Vergangenheit häufig die Rolle eines Vermittlers eingenommen. Zwischen 1979 und 1990 hatte die Arabische Liga ihren Sitz in Tunis, da Ägypten wegen seines Friedensvertrages mit Israel ausgeschlossen war. Nach den Anschlägen vom 11. September 2001 positionierte sich Tunesien klar an der Seite der USA und betonte seine Zugehörigkeit zur Anti-Terror-Allianz. Doch bereits vor den Anschlägen des 11. September 2001 pflegte Tunesien eine enge militärische Kooperation mit US-Streitkräften. So ist das tunesische Verteidigungsministerium ein aktiver Teilnehmer am „International Military Education and Training“ (IMET) Programm des Pentagon.

Der internationale Terrorismus wird in Tunesien hart bekämpft. Im Januar 2016 konnte durch die tunesischen Sicherheitskräfte eine groß angelegte Anschlagsserie vereitelt und mehr als 30 Terrorverdächtige festgenommen werden. Die Extremist:innen hätten Anschläge auf militärische und zivile Einrichtungen geplant. Bei den Festgenommenen soll es sich um Anhänger:innen der Ukba-ibn-Nafi Brigade handeln, die dem Islamischen Staat (IS) die Treue geschworen hatte. Nach Angaben der tunesischen Sicherheitsbehörden wurden alleine 2016 über 160 Terrorzellen aufgedeckt und zerschlagen. Insbesondere durch den IS geht eine Bedrohung aus. Bereits im März und Juni 2015 kam es zu Terroranschlägen in Tunesien, woraufhin die tunesischen Sicherheitskräfte ihre Präsenz verstärkten. 2019 reklamierte der IS die Anschläge in der Nähe der französischen Botschaft, bei der zwei Menschen durch Selbstmordattentate getötet und acht Menschen verletzt wurden, vom Juni in Tunis für sich. Jüngere Terroranschläge in Tunesien fanden im März 2020 nahe der US-amerikanischen Botschaft in Tunis und im September 2020 in Sousse statt. 2023 kam es zudem zu einem Attentat auf die La Ghriba-Synagoge, einem zentralen Heiligtum der Jüd:innen der Region, auf welche es bereits 2002 einen Anschlag durch Al-Kaida gegeben hatte. Ein Bezug zu einer Terrororganisation ist in diesem Fall aber unwahrscheinlich.

Vor allem die Regionen an der Grenze zu Libyen sind ein strategisches Ziel für IS-Kämpfer:innen. Um die Grenze zu sichern, kündigte Deutschland an, Überwachungstechnik zu schicken. Zudem wurden britische Expert:innen an die tunesische Grenze zu Libyen geschickt. Ende 2016 wurde zudem ein Aktionsplan gegen zurückkehrende „Foreign Fighters“, einschließlich strafrechtlicher Verfolgung von IS-Rückkehrer:innen, angekündigt. Insgesamt reisten rund etwa 2.900 Tunesier:innen nach Syrien und in den Irak, weitere rund 1.000 nach Libyen aus. 2019 hat die Regierung Initiativen zur Bekämpfung von Terrorismus gestartet, die u. a. die legislative Möglichkeit einschließen, Konten von Terrorverdächtigen einzufrieren.

Laut dem Global Terrorism Index 2025 bleibt Tunesien (mit Platz 43) von Terrorismus betroffen, weist jedoch im Vergleich zu früheren Jahren eine geringere Intensität großangelegter Anschläge und eine stärkere Verlagerung hin zu kleineren oder vereinzelt Vorfällen auf; Im Vergleich dazu erhielt Deutschland Platz 27.

## Internationale Kriminalität

**Tabelle 14**

### *Beitritt zu internationalen Abkommen in der Kriminalitätsbekämpfung*

Abkommen	Status	Quelle
Konvention gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität, 2003	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>
Zusatzprotokoll (a) zur Unterdrückung von Menschenhandel insbesondere des Frauen- und Kinderhandels, 2003	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>
Zusatzprotokoll (b) Zusatzprotokoll gegen die Schlepperei von Migranten auf dem Land-, See- und Luftweg, 2004	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>
Zusatzprotokoll (c) gegen die unerlaubte Herstellung und den Transport von Feuerwaffen, 2005	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>

### Kommentar

Es gibt in Tunesien zahlreiche Banden von Schleuser:innen, welche illegale Migration über den Seeweg in häufig überfüllten und hochseeuntauglichen Schiffen nach Westeuropa organisieren; 2025 reagierte Tunesien auf anhaltende Schmuggel- und Schleusungsaktivitäten mit verstärkten Rückführungen, Lagerräumungen und erhöhter Grenz- und Küstenüberwachung. Tunesien ist außerdem ein wichtiges Transitland im internationalen Drogenhandel. In der Vergangenheit war auch das Ben Ali Regime in den illegalen Drogenhandel involviert, als kriminelle Gelder aus dem Drogenschmuggel unter dem Schutz des Diplomatenstatus transportiert wurden. Tunesien liegt strategisch günstig für Drogenhändler:innen, da es sowohl in der Nähe Marokkos als auch dicht an der Südküste Europas liegt – dem Tor zum größten Drogenverbrauchsmarkt der Welt. Im Zuge politischer Instabilität nach 2011 hat sich der Drogenschmuggel in Tunesien verstärkt. Dabei spielen auch die Grenzregionen eine wichtige Rolle: An der durchlässigen Grenze zwischen Tunesien und Algerien boomt der Handel mit Cannabis und mit Klein- und Leichtwaffen. Gleiches gilt für die libysch-tunesische Grenzregion. Um den Schmuggel einzudämmen, kooperiert die tunesische Regierung mit Algerien und Libyen in Bezug auf Informationsaustausch, Grenzüberwachung und Verbrechensbekämpfung.

**Tabelle 15**

### *Ausgewählte völkerrechtliche Vereinbarungen*

Abkommen	Status	Quelle
Völkermord-Konvention, 1951	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Genfer Abkommen über den Schutz von Zivilpersonen in Kriegszeiten, 1950	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch

Abkommen	Status	Quelle
Zusatzprotokolle zum Genfer Konvention (1950) zum Schutz der Opfer von bewaffneten Konflikten, 1978	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Römisches Statut des Internationalen Strafgerichtshofs, 2002	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>
Anti-Korruptions-Konvention, 2005	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>

### UN-Berichterstattung

Tunesien boykottiert, zusammen mit den meisten anderen arabischen Staaten, das von der UN initiierte Waffenregister. Einzig in den Jahren 1992 und 2009 wurden Berichte eingereicht. Hintergrund hierfür sind unter anderem die nicht vorgesehenen Angaben über Massenvernichtungswaffen, die aber im Hinblick auf Israel für die arabischen Staaten von großer Bedeutung sind. Daher gibt es nur vereinzelt und sporadisch Informationen zu Importen Tunesiens mittels der Berichte von Handelspartnern. Auch im Rahmen der Berichterstattung von Militärausgaben an die Vereinten Nationen übermittelt Tunesien keine Daten.

Da das Land kein Mitglied des Arms Trade Treaty ist, reicht es entsprechend auch hier keine Berichte ein. Im Rahmen des Programme of Action on small arms and light weapons reichte es lediglich 2010 einen knappen Bericht ein.

### Unerlaubte Wiederausfuhr

Die Informationslage bezüglich geltender Waffenexportkontrollen ist unbefriedigend, da beispielsweise Informationen über einschlägige Gesetze oder authentifizierte Endverbraucherzertifikate schlichtweg nicht erhältlich sind. Es sind jedoch keine direkten Fälle der unerlaubten Wiederausfuhr von Waffen bekannt, ein größeres Problem stellt der Schmuggel in das Land dar. Gerade der Waffenschmuggel aus dem instabilen Libyen und Gefechte mit militanten Islamist:innen an der algerischen Grenze führen immer wieder zur illegalen Weitergabe kleiner und leichter Waffen. Vor allem die Grenzregion Ben Guerdane, rund 30 Kilometer von der libyschen Grenze entfernt, wird regelmäßig zum Schauplatz großer Waffenschmuggelgeschäfte, die mittlerweile auch Imazighenstämme erfasst haben. Die Entscheidung der libyschen Regierung, einen dritten Grenzübergang in Mashhad Salih-Tijii an der Grenze zu Tunesien zu eröffnen, könnte den Waren- und Waffenverkehr weiter antreiben. Weitere Waffen aus Libyen geraten regelmäßig in die Hände von Extremist:innen in Tunesien, der ägyptischen Sinai-Halbinsel und Algerien. So haben sich inzwischen etwa Algier und Tunis verbündet, um gemeinsam gegen die islamistische Gruppe Ansar Al-Scharia vorzugehen, die bereits mehrfach das tunesische Militär angegriffen hat. Ganz im Süden Tunesiens gibt es eine weitere Schmuggelroute, die allerdings aufgrund der geographischen Verhältnisse sehr anspruchsvoll ist und nur von gut organisierten Banden betrieben werden kann – hier scheint sich die international agierende, dschihadistische Gruppe AQIM zu betätigen. Dies ist der Bereich, der derzeit von der tunesischen Regierung als Sperrzone ausgewiesen wird und in der das tunesische Militär erhöhte Präsenz zeigt. Noch weiter südlich, wo Libyen und Algerien aneinandergrenzen, wurden in der Vergangenheit auf algerischem Gebiet mehrfach Lager von Kriegswaffen (Lenkwaffen, Flugabwehr-, Panzerabwehrwaffen etc.) entdeckt, sodass man den äußersten Süden Tunesiens und das daran südlich angrenzende

Gebiet derzeit durchaus als Kriegswaffen-Schmuggelzone bezeichnen kann. Expert:innen befürchten, die Zirkulation illegaler – meist libyscher Waffen – in Tunesien könnten das Land destabilisieren und den weiteren Transformationsprozess behindern. Nach einer informellen Verständigung europäischer G7-Länder hat Deutschland Unterstützungsleistungen zur Sicherung der tunesischen Grenzen nach Libyen und Algerien übernommen. In den Jahren nach dem Ausbruch des Arabischen Frühlings 2011 wurden nahezu täglich Autos mit Handschusswaffen und AK-47 an der tunesischen Grenze angehalten. Eine im Jahr 2016 errichtete und etwa 200 Kilometer lange Sperranlage, dient dazu Terrorist:innen aus dem Nachbarland Libyen vom Grenzübertritt abzuhalten und gleichzeitig den illegalen Waffenhandel einzudämmen. Expert:innen aus den USA und aus Europa sollen die Grenzsoldat:innen ausbilden. Deutschland hat in den letzten Jahren im Rahmen seiner Unterstützung der tunesischen Grenzsicherung u. a. mobile Radarsysteme, Nachtsichtgeräte und Pionierfahrzeuge gestiftet. Außerdem hat es finanzielle Mittel für die Ausbildung tunesischer Spezialkräfte bereitgestellt.

## Wirtschaftliche und technische Kapazität des Landes

### Box 9

#### **Auszug aus dem Transformationsatlas 2026 der Bertelsmann Stiftung**

*The economic situation deteriorated over the observed period. The country did not experience a full post-COVID-19 recovery, instead suffering from very slow growth and high inflation rates. Budget deficits remained elevated, and public indebtedness reached a record, surpassing \$40 billion and a level equivalent to 90% of GDP by the end of 2023 (including the debt of public companies). As a result of these dynamics, interest rates and debt-service costs continued to rise. Against this backdrop, rating agencies downgraded Tunisia's credit rating in 2023. Yet that same year, President Saied announced the suspension of negotiations with the International Monetary Fund (IMF) for a \$1.9 billion loan, despite having struck a staff-level agreement in 2022. Substantive economic reforms were shelved for fear of social and political destabilization. Instead, the state increasingly turned to domestic financing, and in 2023 the Tunisian parliament amended legislation twice to allow the central bank to finance the state directly. Macroeconomic indicators showed a modest improvement in 2024. However, the structural foundations of the Tunisian economy remained weak, and prospects for reform were limited by poor governance and a lack of clear political direction.*

Quelle: [BTI 2026 Tunisia Country Report: BTI 2026](#)

### Tabelle 16

#### **Anteile Militärausgaben, Gesundheitsausgaben und Bildungsausgaben am BIP (in%)**

	2020	2021	2022	2023	2024
Militärausgaben (in Millionen US-Dollar)	1307	1312	1254	1208	1230

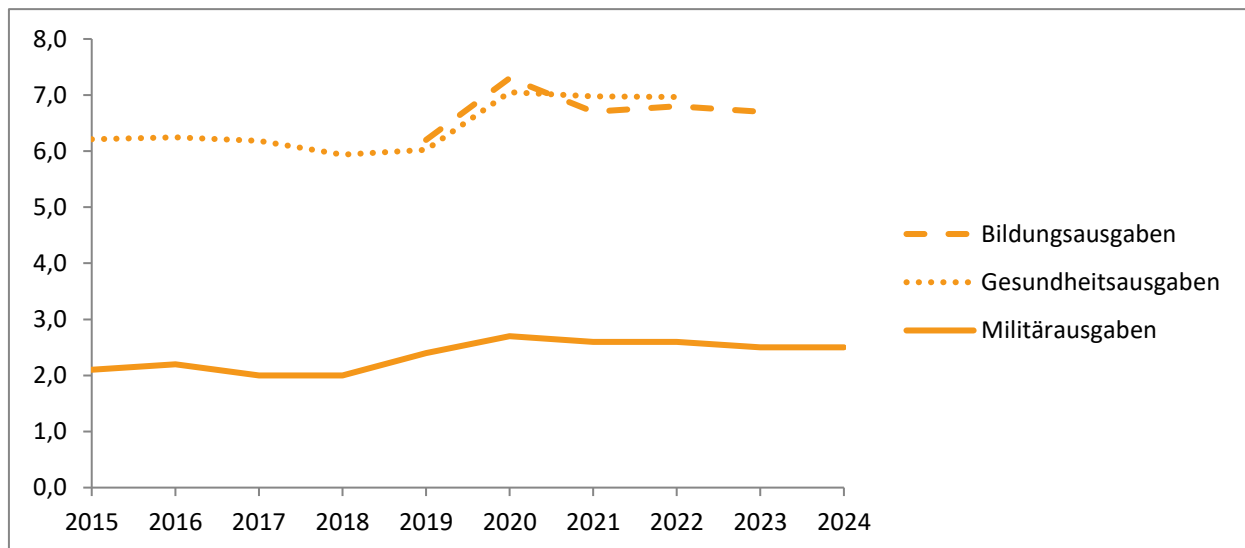
	2020	2021	2022	2023	2024
Militärausgaben/BIP	2,7	2,6	2,6	2,5	2,5
Gesundheitsausgaben/BIP	7,1	7,0	7,0	-	-
Bildungsausgaben/BIP	7,3	6,7	6,8	6,7	-

Angaben in konstanten Preisen mit 2023 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database, World Bank Data (World Development Indicators)

### Schaubild 5

Entwicklung Anteile Militärausgaben, Gesundheitsausgaben und Bildungsausgaben am BIP (in %)



Quellen: SIPRI Military Expenditure Database (Militärausgaben); World Bank Data (World Development Indicators)

### Tabelle 17

Absolute Auslandsverschuldung/Anteil am BIP und Entwicklungshilfe

	2019	2020	2021	2022	2023
Auslandsverschuldung	40225	41977	43022	41002	41279
Anteil am BIP (in %)	96	98,8	91,4	91,2	85,6
Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (DAC-ODA)*	749,69	677,48	729,66	593,96	-
Net ODA (% of GNI)*	1,81	1,63	1,69	-	-

	2019	2020	2021	2022	2023
Deutsche ODA Zahlungen*	274,81	326,98	358,86	354,94	-

Angaben in aktuellen Preisen (Mio.) (Auslandsverschuldung); ODA in konstanten Mio. US\$ (2023); Net ODA (% of GNI) in aktuellen Preisen; Deutsche ODA Zahlungen in konstanten Mio. US\$ (2023).

Quelle: Weltbank, IMF, OECD\*

**Tabelle 18**

**Globaler Militarisierungsindex – Wert und Platzierung**

	2020	2021	2022	2023	2024
Militarisierungswert	124,2	122,2	122,3	120,1	120,2
Index-Platzierung	47	50	47	48	51

**Tabelle 19**

**Globaler Militarisierungsindex – Wert und Platzierung der Nachbarstaaten**

		2020	2021	2022	2023	2024
Algerien	Militarisierungswert	190,7	183,5	178,1	208,2	212,7
	Index-Platzierung	12	14	15	8	6
Libyen	Militarisierungswert	-	-	136,2	104,1	104,0
	Index-Platzierung	-	-	32	68	67

Quelle: Globaler Militarisierungsindex (GMI) – Bonn International Centre for Conflict Studies (bicc)

Der Globale Militarisierungsindex (GMI) bildet das relative Gewicht und die Bedeutung des Militärapparats eines Staates im Verhältnis zur Gesellschaft als Ganzes ab. Daten basieren auf dem GMI 2025.

<https://gmi.bicc.de/ranking-table>

**Tabelle 20**

**Militärausgaben der Nachbarstaaten absolut und am BIP in %**

		2021	2022	2023	2024	2025
Algerien	Militärausgaben (absolut)	11395	11022	19281	21811	24128
	Militärausgaben/BIP	4,9	4,1	7,4	8,0	8,8
Libyen	Militärausgaben (absolut)	-	1263	1600	-	-
	Militärausgaben/BIP	-	2,8	3,6	-	-

Angaben in konstanten Mio. US\$ (2024). Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Tabelle 21

**Human Development Index (HDI) & Gender Development Index (GDI)**

	2019	2020	2021	2022	2023
HDI-Wert	0,745	0,737	0,731	0,732	0,746
HDI-Wert (Männer)	0,758	0,753	0,746	0,763	0,765
HDI-Wert (Frauen)	0,708	0,699	0,696	0,711	0,712
GDI-Wert	0,933	0,928	0,933	0,932	0,931

Quelle: [Specific country data | Human Development Reports](#)

Der HDI ist ein Wohlstandsindikator und variiert zwischen 1 (beste Entwicklungsstufe und 0 (geringe Entwicklung). Die Länder werden in vier Klassen eingeteilt: sehr hohe, hohe, mittlere und niedrige menschliche Entwicklung. Die Berechnung des HDIs basiert auf den Kategorien Gesundheit (Lebenserwartung), Bildung und dem Bruttonationaleinkommen. Der GDI setzt die HDI-Werte für Frauen und Männer in ein Verhältnis zueinander: ein Wert von 1 weist demnach auf vollständige Gleichstellung hinsichtlich der HDI-Kategorien hin. Werte darunter weisen entsprechend auf Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern hin.

### Frauen in Wirtschaft und Politik

Der Gender Development Index (GDI) setzt die HDI-Werte von Frauen und Männern – basierend auf Lebenserwartung, Bildungsjahren und Einkommen – ins Verhältnis zueinander, wobei ein Wert von 1 vollständige Gleichstellung anzeigt. Mit einem GDI von 0,931 liegt Tunesien über dem Wert Algeriens (0,887), jedoch unter dem Wert Libyens (0,955). Gleichzeitig zeigen sich weiterhin deutliche geschlechtsspezifische Entwicklungsunterschiede. Während Männer einen HDI von 0,765 erreichen, liegt der Wert für Frauen bei 0,712. Frauen weisen mit 79,1 Jahren eine höhere Lebenserwartung auf als Männer mit 73,9 Jahren und verbringen durchschnittlich mehr erwartete Schuljahre im Bildungssystem (15,6 gegenüber 13,8 Jahren). Gleichzeitig absolvieren Frauen im Durchschnitt mit sieben Jahren weiterhin weniger tatsächliche Schuljahre als Männer mit 8,2 Jahren.

Besonders deutlich fallen die Unterschiede beim Einkommen aus: Das kaufkraftbereinigte Bruttonationaleinkommen pro Kopf lag 2023 für Frauen bei 6.063 PPP-US-Dollar, während Männer 18.092 PPP-US-Dollar erreichten. Frauen erzielten damit lediglich rund ein Drittel des männlichen Einkommens. Wie [Schaubild 6](#) verdeutlicht, blieb die Einkommensdifferenz zwischen Männern und Frauen in Tunesien über die vergangenen Jahre hinweg relativ konstant auf hohem Niveau bestehen. Trotz leichter Schwankungen erzielten Frauen durchgehend deutlich geringere Einkommen als Männer.

Die gesellschaftliche und wirtschaftliche Teilhabe von Frauen entwickelte sich in Tunesien in den vergangenen Jahrzehnten insgesamt positiv, bleibt jedoch weiterhin deutlich hinter jener von Männern zurück. Die Erwerbsquote von Frauen ab 15 Jahren lag 2025 bei 26 %. Nachdem sie 2019 zwischenzeitlich auf 28 % angestiegen war, sank sie im Zuge der Covid-19-Pandemie wieder ab. Langfristig zeigt sich dennoch ein moderater Anstieg gegenüber 1990, als die Erwerbsquote von Frauen noch bei 22 % lag.

Auch im Bildungsbereich verbesserten sich zentrale Indikatoren deutlich. Die Alphabetisierungsrate von Frauen ab 15 Jahren stieg von 65 % im Jahr 2004 auf 80 % im Jahr 2023.

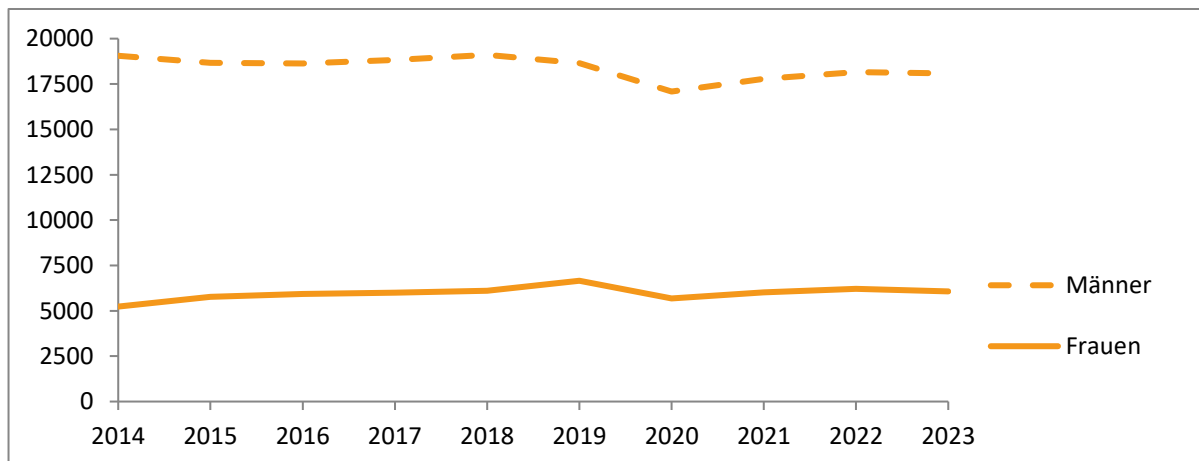
Unter jungen Frauen zwischen 15 und 24 Jahren lag die Alphabetisierungsrate 2023 bereits bei 98 %, was auf deutlich verbesserte Bildungszugänge jüngerer Generationen hindeutet.

Trotz dieser Entwicklungen bleiben Frauen insbesondere in wirtschaftlichen Führungspositionen sowie in politischen Entscheidungsstrukturen unterrepräsentiert. 2024 verfügten lediglich 9 % der Unternehmen über eine weibliche Führungskraft an der Unternehmensspitze. Im weltweiten Vergleich der parlamentarischen Repräsentation von Frauen belegte Tunesien Platz 141 von 183 Staaten. Im Unterhaus beziehungsweise in der einzigen Parlamentskammer waren lediglich 24 von 152 Sitzen beziehungsweise 15,8 % mit Frauen besetzt; im Oberhaus beziehungsweise Senat lag der Frauenanteil mit 10 von 77 Sitzen bei 13 %. Im Bereich der Regierungsämter fiel die Repräsentation etwas höher aus: Tunesien belegte bei weiblichen Kabinettsmitgliedern Platz 75 von 181 Staaten; sechs von 24 Ministerposten beziehungsweise 25 % wurden von Frauen besetzt.

Das Weltbankprogramm Women, Business and the Law (WBL) 2.0 bewertet neben den gesetzlichen Rahmenbedingungen auch deren praktische Umsetzung sowie unterstützende staatliche Strukturen zur Förderung der Gleichstellung von Frauen. Tunesien erreichte im Bereich der gesetzlichen Rahmenbedingungen einen Wert von 46,38 von 100 und lag damit deutlich unter dem globalen Durchschnitt von 67. Die rechtlichen Voraussetzungen für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Teilhabe von Frauen erreichten damit lediglich ein niedriges Niveau.

## Schaubild 6

### Geschätztes Einkommen pro Kopf nach Geschlecht (in 2021 PPP\$)



Quellen: Gender Development Index; [Specific country data](#) | [Human Development Reports](#)

Auch die unterstützenden staatlichen Rahmenbedingungen fielen vergleichsweise schwach aus. Im Supportive Frameworks Index erreichte Tunesien 38,67 von 100 Punkten und blieb damit unter dem weltweiten Durchschnitt von 47. Dies deutet auf Defizite bei staatlichen Unterstützungsmaßnahmen und institutionellen Strukturen zur Förderung von Frauen hin.

Besonders niedrig fiel der Wert im Bereich der praktischen Umsetzung und gesellschaftlichen Wahrnehmung der Maßnahmen aus. Im Enforcement and Perception Index erreichte Tunesien lediglich 37,05 von 100 Punkten und lag damit ebenfalls deutlich unter dem globalen

Durchschnitt von 53. Insgesamt weisen die WBL-Daten darauf hin, dass sowohl die gesetzlichen Grundlagen als auch die praktische Umsetzung von Gleichstellungsmaßnahmen in Tunesien weiterhin erhebliche Defizite aufweisen.

#### **Zusammenfassung Kriterium 8:**

Tunesien zählt mit einem Bruttonationaleinkommen von 3.880 US-Dollar zur Gruppe der „lower-middle income countries“ und steht weiterhin vor erheblichen wirtschaftlichen Herausforderungen. Die Auslandsverschuldung lag 2024 bei 88,9 % des Nationaleinkommens, während das Wirtschaftswachstum mit 1,6 % schwach blieb. Gleichzeitig belasten eine hohe Arbeitslosenquote und Jugendarbeitslosigkeit sowie die Inflation die soziale und wirtschaftliche Stabilität. Trotz dieser Probleme weist Tunesien Potenziale zur wirtschaftlichen Diversifizierung auf.

Mit einem HDI-Wert von 0,746 zählt Tunesien zur Kategorie „hohe menschliche Entwicklung“. Fortschritte zeigen sich insbesondere bei Bildung, Gesundheitsversorgung und Armutsbekämpfung. Gleichzeitig bestehen weiterhin Defizite bei menschenwürdiger Arbeit, nachhaltiger Entwicklung sowie institutioneller Stabilität.

#### **Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit**

Mit einem Bruttonationaleinkommen (BNE) von 3.880 US-Dollar ist Tunesien ein „lower-middle income country“ und weist eine sehr hohe Auslandsverschuldung von 88,9 % des Nationaleinkommens auf. Dem Internationalen Währungsfonds (IWF) schuldet Tunesien 793 Millionen US-Dollar. 2023 wurden Verhandlungen über ein weiteres Rettungspaket geführt – der anvisierte Kredit über 1,9 Mrd. Dollar wurde letztlich jedoch von Tunesien abgelehnt, da sich Präsident Saied gegen die Bedingungen des IWF durchsetzte, welche Kürzungen von Subventionen für Energie und Lebensmittel sowie den Verkauf von Staatsunternehmen umfasst hätten. Ratingagenturen zufolge könnte Tunesien damit eine schwere Zahlungsbilanzkrise, oder gar die Zahlungsunfähigkeit drohen. Ob sich Tunesien an anderer Stelle nach Krediten umsehen wird, bleibt daher abzuwarten. Land-, Forstwirtschaft und Fischerei machten 2023 rund 9,5 % des BIP aus. Obwohl Tunesien damit nicht zu den stark agrarabhängigen Volkswirtschaften zählt, bleibt das Land aufgrund wiederkehrender Dürren und zunehmender Wasserknappheit klimatisch verwundbar. Hauptexportsektoren sind Dienstleistungen (etwa Tourismus und Telekommunikation) Textilien, Elektronik und landwirtschaftliche Erzeugnisse. Exporte machen rund 48,2 % des BIPs aus. Das BIP-Wachstum ist seit 2011 allerdings schwach – so wies Tunesien zwischen 2011 und 2019 durchschnittlich eine Wachstumsrate von 1,7 % auf und brach mit der Covid-19 Pandemie gar um 8,8 % ein. 2024 wies Tunesien ein BIP-Wachstum von 1,6% auf.

Gleichzeitig entwickelte sich die tunesische Wirtschaft innerhalb des Economic Complexity Index (ECI) vergleichsweise positiv. Tunesien belegte zuletzt Platz 47 im weltweiten ECI-Ranking und verbesserte sich innerhalb eines Jahrzehnts um zwölf Plätze. Dies deutet auf bestehende Potenziale zur Diversifizierung der Wirtschaft und zur Nutzung vorhandener industrieller Kompetenzen hin.

#### **Soziale Entwicklung**

Tunesien gilt mit einem HDI-Wert von 0,746 als Land der Kategorie „hohe menschliche Entwicklung“. Entgegen der wirtschaftlichen Entwicklung stieg der Wert seit 2011, brach mit

der Covid-19 Pandemie und 2020 allerdings noch einmal ein. Zum Vergleich: Deutschland liegt bei 0,959; die Nachbarländer Tunesiens Libyen und Algerien liegen bei 0,721 bzw. 0,763.

Gelder der Öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit machen 2022 rund 2,8 % des BNE aus, was keinen hohen Wert bzw. keine Abhängigkeit darstellt. Mit einer Arbeitslosenquote von 16,3 % hat Tunesien 2024 allerdings ein großes Problem – die Jugendarbeitslosigkeit stellt sich mit 38,5 % sogar als äußerst gravierend dar. Hinzu kam 2024 eine Inflationsrate von 7,2 %, welche die Kaufkraft der Bevölkerung zusätzlich belastete.

Hinsichtlich der Ziele einer Nachhaltigen Entwicklung (SDGs) ist Tunesien bei vier von 17 Zielen auf einem guten Weg, insbesondere hinsichtlich Bildung und der Versorgung mit sauberem Trinkwasser und sanitären Einrichtungen. So liegt die Alphabetisierungsquote mittlerweile bei 83,6 % und die Abschlussquote der Sekundarstufe I bei 80,5 %, der Anschluss an die Trinkwasserversorgung bei 97,2%, Unterernährung nur noch bei 3 %. Auch hinsichtlich Gesundheitsindikatoren konnten einige Erfolge verbucht werden, so gelten die Zahlen zur Müttersterblichkeit mit 37 pro 100.000 Lebendgeburten und die Kindersterblichkeit mit 16,3 pro 1.000 als Zielerreichung (zum Vergleich: der weltweite Durchschnitt liegt bei 223 bzw. 38). Das Ziel zur Beendigung von (absoluter) Armut gilt sogar als erreicht (mit rund 98.000 Menschen bzw. weniger als einem %, die von 2,15 Dollar bzw. rund 2 % die von 3,65 Dollar am Tag leben müssen). Allerdings hinkt Tunesien bei der Erreichung von sechs Zielen stark hinterher, etwa bei Menschenwürdiger Arbeit, der Nachhaltigkeit von Stadtbau, nachhaltig bewirtschafteten maritimen und ländlichen Gebieten sowie hinsichtlich Frieden, Gerechtigkeit und starken Institutionen. So gibt es bspw. eine erhöhte Gefahr für Anschläge und Terrorismus, was auch die wichtige Tourismusbranche zeitweise stark schädigte.

Die Militärausgaben stellen mit 2,2 % am BIP über die letzten zehn Jahre – insbesondere im Vergleich zu den hohen Gesundheits- und Bildungsausgaben (6,2 % bzw. 6,8 %) – keinen extrem hohen Wert dar. Regional betrachtet weist Tunesien seinem Militär sogar deutlich weniger Ressourcen zu als seine Nachbarländer. Im jüngsten Globalen Militarisierungsindex (2024) erreicht Tunesien dennoch den 52. Platz und gilt somit als stark militarisiert.

# IMPRESSUM

## HERAUSGEBER

bicc – Bonn International Centre for Conflict Studies gGmbH  
Pfarrer-Byns-Straße 1  
53121 Bonn, Germany

[www.bicc.de](http://www.bicc.de)

## KONTAKT

Head of Advice & Science Transfer  
[elvan.isikozlu@bicc.de](mailto:elvan.isikozlu@bicc.de)  
+49 (0) 228 911 96-54

REDAKTION	Marc von Boemcken
LAYOUT	bicc
GRAFIK	Nele Kerndt

ERSCHEINUNGSDATUM Juni 2026

Dieser *bicc common position brief* wurde erstellt im Rahmen des Projekts „Sicherheit, Rüstung und Entwicklung in Empfängerländern deutscher Rüstungsexporte“. Das Projekt wird vom Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) gefördert.



Sofern nicht anders angegeben, ist dieses Werk lizenziert unter:  
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>



Bundesministerium für  
wirtschaftliche Zusammenarbeit  
und Entwicklung

